Die Russische Wirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Vladimir Pankov

Es ist wohlbekannt, daß jedes gesellschaftliche Phänomen nur vor seinem historischen Hintergrund wissenschaftlich adäquat erklärt werden kann. So wird auch die Situation der russischen Wirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts sowohl von dem problematischen Erbe der sowjetischen Planwirtschaft (Zentralverwaltungswirtschaft) als auch – und das wohl in einem noch größeren Maße – von sehr widersprüchlichen Ergebnissen der marktwirtschaftlichen Transformation nach dem de jure-Zerfall der Sowjetunion Ende 1991 determiniert. Diese Transformation teilt sich zeitlich und inhaltlich in zwei Phasen, auf die zunächst kurz einzugehen ist, um die weitere Analyse effizienter zu gestalten.

1. Zwei Phasen des Übergangs seit der Auflösung der UdSSR

Die *erste Phase,* die als Phase des *Umbruchs und einer tiefgreifenden Transformationskrise* zu bezeichnen ist, hatte am 2. Jänner 1992 mit der Preisfreigabe bzw. -liberalisierung begonnen und endete am 17. August 1998 mit einer verheerenden und folgenreichen Finanzkrise.

Genauso wie alle anderen Transformationsländer hatte Rußland am Beginn der Reformen eine tiefe makroökonomische Übergangskrise erlitten, die erst 1997 von einer leichten Erholung abgelöst wurde. Das russische BIP war von 1992 bis 1995 um 34,5% und die Industrieproduktion um 46% zurückgegangen; 1996 setzte sich die Talfahrt fort, wenn auch nicht so rasant (BIP-Rückgang gegenüber 1995 um 3,4%). Die Hyperinflation, die 1992 und 1993 mit sagenhaften 1.353% bzw. 895,9% ihre Spitze erreicht hatte, konnte dann merklich zurückgeschraubt und 1997 gar in eine mehr oder weniger moderate Geldentwertung von 11% überführt werden. Die Realeinkommen pro Kopf waren 1992 gegenüber dem nicht gerade berauschenden Niveau von 1991 um 33 bis 34% gefallen, erholten sich dann, blieben jedoch 1996 ca. 40% unter dem Pegel von 1991. Erst 1997 haben sie sich im Zuge einer BIP-Erholung um 4,6% erhöht.[1]

Gleichzeitig vollzogen sich rasche, ja turbulente und in vieler Hinsicht überstürzte Umwälzungen in Richtung Marktwirtschaft, die mit groben Reformfehlern und hohen ökonomischen sowie sozialen Kosten für die Bevölkerung einhergingen. Bereits Mitte der neunziger Jahre blieben von der

Planwirtschaft kaum Scherben. Damit wurden die Reformen irreversibel. In der ersten Phase haben sich wesentliche Grundsteine der Marktwirtschaft in Gestalt von wichtigen Märkten (Waren-, Arbeits-, Kapitalmarkt usw.) und Institutionen (Privateigentum an ökonomischen Ressourcen, Privatrecht, Mechanismen einer der Marktwirtschaft adäquaten staatlichen Wirtschaftsregulierung u. dgl.) herausgebildet.[2] Die marktwirtschaftlichen Reformen hatten erst Mitte der neunziger Jahre positiv zu wirken begonnen, was nicht zuletzt die ökonomische Erholung von 1997 ermöglichte.

Leider wurde diese Entwicklung unterbrochen durch die berühmt-berüchtigten finanzpolitischen Beschlüsse der russischen Regierung unter dem wirtschaftspolitisch nicht sachkundigen und als Politiker unerfahrenen Premierminister Kirijenko vom 17. August 1998. Zu diesem Zeitpunkt wäre ein finanzieller Einbruch bei einer anders gestalteten Wirtschaftspolitik noch abwendbar oder eindämmbar gewesen.

Das Hauptproblem bestand darin, daß der Übergang Rußlands in Richtung Marktwirtschaft in der ersten Phase in einen tiefen *Zwiespalt* mündete. Einerseits waren die Hauptzüge der Transformation grundsätzlich richtig (abgesehen davon, daß die dafür gewählten Instrumente, Formen und Methoden häufig ineffizient oder gar abwegig waren). Andererseits stützte sich das für diese Zeit von der politischen Führung der RF unter Jelzin konstruierte Entwicklungsmodell auf zweifelhafte, sehr verwundbare „Säulen". Von den letzteren waren vor allem die drei folgenden „Grundpfeiler" dieses Modells für die Heranreifung und den späteren Ausbruch der Finanzkrise ausschlaggebend:

1.) Der Brennstoff- und Energiekomplex (BEK) der RF wurde zum einzigen Träger der ökonomischen Entwicklung gemacht, wogegen in der Sowjetzeit zu den Trägern wenigstens noch der Maschinenbau, die Elektrotechnik/Elektronik und die Rüstungsindustrie gehört hatten. Der BEK lieferte am Ende der ersten Phase fast die Hälfte (so 1997 45%) der Budgeteinnahmen.[3] Damit wurde die finanzielle und die gesamte volkswirtschaftliche Situation der RF zu sehr von Preisschwankungen am Weltmarkt für Energieträger, vor allem Öl und Gas, abhängig. Der starke Rückgang der Preise auf diesen Märkten 1997/98 brachte der RF riesige Verluste. Allein der Preisverfall für Rohöl hat Rußland 1998 Einbußen von 8 Mrd. USD verursacht.[4]
2.) Der russische Staat hat dem Auswuchern des Finanzsektors Tür und Tor geöffnet. Dagegen hat er den Realsektor, d.h. die Produzenten von Gütern sowie produktions- und bürgernahen Dienstleistungen, weitestgehend sich selbst überlassen und der in der Umbruchzeit notwendigen Regulierung und Förderung (z.B. durch eine gezielte Struktur- und Investitionspolitik) entzogen. Folglich ging mit dem Schrumpfen des Realsektors „logischerweise" ein Leben auf Pump einher. Zu den sowjetischen Außenschulden von 103 Mrd. USD gesellten sich 1992 bis 1997 ca. 30 Mrd. USD Neuschulden, die konsumiert, verpulvert, jedenfalls nicht produktiv eingesetzt wurden. Das übte nicht zuletzt einen zunehmenden Druck auf den russischen Rubel (RR) aus, der ab etwa 1995 zu den stabilsten Währungen der Reformländer gezählt hatte.

In dieselbe Richtung wirkte die Krise auf den internationalen Finanzmärkten, die im Oktober 1997 in Südostasien ausgelöst wurde. Durch diese Krise wurden nämlich nicht nur der russische sekundäre Effektenmarkt, sondern auch weltweit alle derartigen Märkte in Mitleidenschaft gezogen, die als unsicher galten. Allein im 4. Quartal 1997 flossen deswegen 2 Mrd. USD vom sekundären Effektenmarkt der RF ins Ausland.

3.) Der Staat hat seit 1994 einen falschen Weg gewählt, um die Löcher im Budget „nicht-inflationär" zu stopfen. Als Mittel dazu dienten langfristige staatliche Schuldverschreibungen – SVS (ihr Marktwert wurde inflationsbedingt laufend angepaßt) und kurzfristige (drei- oder sechsmonatige) Schatzwechsel (KSW), die im Rahmen der staatlichen Offenmarktpolitik der Zentralbank Rußlands (ZBR) am sekundären Effektenmarkt eingesetzt wurden. Sie gelangten zum Verkauf an in- und ausländische private Wirtschaftsakteure (vor allem Banken), und zwar bei einer sehr hohen Verzinsung. Diese war immer wenigstens zweistellig und erreichte vorübergehend (im Juni 1996) sagenhafte 240% (!).

Da der Staat über keine ausreichenden Budgeteinnahmen verfügte, um die auslaufenden KSW samt Zinsen rechtzeitig zu tilgen, hat er, um das doch zu bewerkstelligen, eine morsche Finanzpyramide aufgebaut. Er hat nämlich fast 100% der Einnahmen aus der Emission der KSW für die Tilgung auslaufender Wertpapiere dieser Art verwendet. Folglich wuchs die in diesen Wertpapieren verbriefte Staatsschuld lawinenartig und übertraf bereits 1996 10% des BIP. Die Inflation wurde in der Tat also nicht bekämpft, sondern aus der offenen in die latente Form überführt. Der so entstandene „Koloß auf Tonfüßen" mußte eines Tages zusammenbrechen, was am 17. August 1998 dann der Fall war. Die an diesem Tag bekanntgegebenen finanzpolitischen Entscheidungen der RF-Regierung unter Kirijenko beinhalteten im wesentlichen die drei folgenden Elemente:

Erstens wurde der Schuldendienst für inländische Staatsverschuldung eingefroren. Da ein großer Teil der letzteren in KSW verbrieft war, zeitigte diese Entscheidung zweierlei verheerende Folgen. Einerseits wurde das russische Bankwesen (samt dem volkswirtschaftlich ausschlaggebenden Zahlungsverkehr) lahmgelegt, weil insbesondere die Großbanken einen beträchtlichen Teil ihrer Aktiva in das spekulative Geschäft mit KSW geleitet hatten und dann zahlungsunfähig wurden. Andererseits wurden auch viele ausländische Banken, die sich an diesem hochprofitablen Geschäft aktiv beteiligt hatten, in Mitleidenschaft gezogen.

Zweitens wurde den russischen Deviseninländer-Banken untersagt, ihren internationalen Verbindlichkeiten nachzukommen, so auch gegenüber der Gruppe von 19 einflußreichen transnationalen Banken. Nur der Schuldendienst für die Neuverschuldung der RF ab 1992 wurde fortgesetzt. Auf diese Weise geriet Rußland in Gefahr, weltweit für ein Bankrottland gehalten zu werden.

Drittens hat die ZBR ihre kursstützenden Deviseninterventionen eingestellt.

Die obengenannten Entscheidungen der RF-Regierung hätten vermieden werden können und sind als ziemlich inkompetent einzustufen. Bemerkenswert

ist insbesondere die Bündelung des ersten und zweiten mit dem dritten Element, die international so gut wie nie vorkommt: Normalerweise gibt es das eine oder andere. Mehrere angesehene russische Wirtschaftsexperten hatten noch im Frühjahr 1998, kurz nach dem Amtsantritt der Kirijenko-Regierung, empfohlen, den RR deutlich, aber schrittweise abzuwerten, baldmöglichst mit ausländischen Gläubigern in Verhandlungen über eine Umschuldung einzutreten und diese nicht mit Entscheidungen wie jenen vom 17. August zu überraschen.

Die Auswirkungen der Regierungsbeschlüsse vom 17. August 1998 waren für das Land verheerend. War die Wirtschaft in den Vormonaten noch relativ stabil gewesen, so kam es bis Ende 1998 zu einem rapiden Sturz. Dadurch schrumpfte 1998 das BIP gegenüber 1997 um 4,9% und die Industrieproduktion um 5%, wogegen diese Kennziffern 1997 mit 0,9% bzw. 2% noch positiv gewesen waren.

Die durch die Regierungsbeschlüsse vom 17. August 1998 ausgelöste Finanzkrise hat die *zweite Phase* der Transformation eingeleitet, die auch heute fortdauert und voraussichtlich noch drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen wird. Diese kann als *Phase der Konsolidierung und der graduellen Fortführung der marktwirtschaftlichen Reformen* bezeichnet werden.

Nach der Absetzung von Kirijenko konnte die neue RF-Regierung unter Primakow die Wirtschaft mit aktiven Sofortmaßnahmen im Herbst 1998 weitgehend sanieren. Der Produktionsrückgang konnte an der Jahreswende 1998/1999 zum Stillstand gebracht werden. Die nachfolgenden RF-Regierungen unter Stepaschin, Putin und Kasjanow haben diesen Sanierungskurs fortgesetzt. Insgesamt entwickelt sich die russische Wirtschaft seit Anfang 1999 positiv, was aus der Tabelle 1 hervorgeht.

Tabelle 1: Ökonomische Eckdaten der RF (Vorjahr=100)

	2000	1999
BIP	107,7	103,5
Industrieproduktion	109,0	108,1
Investitionen in fixes Kapital	117,7	105,3
Landwirtschaftliche Produktion	105,0	104,1
Umschlag des Transportwesens	104,8	105,8
Davon der Eisenbahnen	114,0	118,1
Einzelhandelsumsatz	108,9	92,3
Realeinkommen	109,1	85,8
Nominallöhne und -gehälter pro Beschäftigten	147,9	144,8
Reallöhne und -gehälter pro Beschäftigten	122,5	78,0
Zahl der Arbeitslosen	82,1	107,9

Quelle: Ekonomika i shisn 5 (2001) 32.

Allerdings ist zu erwähnen, daß diese positive Dynamik nicht nur wirtschaftspolitisch gesteuert, sondern auch von wenigstens zwei gewichtigen Faktoren spontan gefördert wurde. Erstens hat die drastische RR-Entwertung gegenüber dem USD und anderen Hartwährungen (um das Dreifache allein bis Ende 1998, um fast das Fünffache bis April 2001 gegenüber dem Stand von Mitte August 1998) die ausländische Konkurrenz am russischen Markt drastisch eingedämmt und es damit vielen einheimischen Produzenten in Industrie und Landwirtschaft ermöglicht, ihren Ausstoß und Absatz beachtlich zu steigern. Zweitens war die Preisdynamik am Weltmarkt für Energieträger seit Frühjahr 1999 für Rußland recht günstig.

Die Zeitspanne seit der Finanzkrise 1998 war für eine durchgreifende Fortsetzung der marktwirtschaftlichen Reformen nicht gerade sehr günstig. Der Staat mußte sich zwangsläufig auf die kurzfristig angelegten Sanierungsmaßnahmen konzentrieren. Doch diese Zeit ist nun vorbei. Das hat Präsident Putin in seiner Jahresbotschaft 2001 an die Föderale Versammlung[5] hervorgehoben: „Die Maßnahmen von Übergangscharakter haben sich erschöpft."[6] Weitere fundamentale Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft stehen auf der Tagesordnung. Auf die wichtigsten Aspekte der weiteren marktwirtschaftlichen Transformation Rußlands ist in der Folge einzugehen.

2. Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse

Bekanntlich bildet das Privateigentum an ökonomischen Ressourcen (Produktionsmittel, Grund und Boden, Geldkapital usw.) das Herzstück jeder Marktwirtschaft. Folglich mußten alle Reformländer die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in ihren Reformbemühungen an erste Stelle setzen. Dabei gingen sie verschiedene Wege.

Die meisten von ihnen setzten auf die weitestgehende Privatisierung des Staatseigentums (ehemalige Sowjetrepubliken und COMECON-Länder Mittel- und Südosteuropas). Die zweite Gruppe (VR China und Vietnam) hat auf Großprivatisierungen verzichtet und bemüht sich um die Neuerrichtung des Privatsektors, ganz besonders durch den Aufbau der Betriebe mit ausländischer Beteiligung (BAB) in der Industrie. Die dritte Gruppe (Republiken Ex-Jugoslawiens) verbindet die Neuerrichtung des Privatsektors, vor allem im kleinen Unternehmertum, mit einer sehr zähen Umwandlung der Großbetriebe, die in Ex-Jugoslawien de facto Eigentum der Betriebsbelegschaften waren (de jure galten sie als „gesellschaftliches" und nicht staatliches Eigentum, was rechtlich wohl eine inhaltsleere Definition ist, aber der Privatisierung im Wege steht).

Rußland ging eindeutig den ersten Weg, was unter der Berücksichtigung der quasi totalen Verstaatlichung oder Kollektivierung (in der Landwirtschaft) der sowjetischen Volkswirtschaft auch logisch ist. Für den weniger schmerzhaften chinesischen Weg gab es zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der UdSSR keine politischen Voraussetzungen mehr: Die KPdSU war im Gegensatz zur KPCh entmachtet.

Am Ende der ersten Etappe des Übergangs wurden in der RF mehr als 70% des offiziellen BIP privat produziert. (Als privatisiert oder privat gelten

in Rußland im allgemeinen die Betriebe, an denen der Staat gar nicht oder unterhalb der Sperrminorität beteiligt ist.) Die Privatisierung, vor allem deren erste Welle, die offiziell per 1. Juli 1994 zu Ende ging (Voucherprivatisierung, d.h. mit kostenlosen Privatisierungsgutscheinen), wurde insgesamt ökonomisch ineffizient, überstürzt und obendrein noch kriminell gefärbt durchgeführt, wobei das Staatseigentum häufig verschleudert wurde.[7] Die pro forma privatisierten Betriebe waren zunächst häufig verlustbringend oder wurden gar vorübergehend stillgelegt.

Auf alle Fälle ist der Privatisierung zugute zu halten, daß sie die Planwirtschaft unwiderruflich ad acta gelegt und die marktwirtschaftliche Transformation irreversibel gemacht hat. Viele privatisierte Betriebe sind inzwischen saniert und im Aufschwung begriffen. Neuere statistische und sozioökonomische Erhebungen zeigen, daß nach Rentabilitäts- und Effizienzkriterien die Betriebe mit einem Staatsanteil am Grundkapital von unter 25% an der Spitze liegen. An zweiter Stelle befindet sich die Gruppe der Betriebe mit einem Staatsanteil von über 50%, die also ganz dem Staat gehören oder von ihm kontrolliert werden. Am schlechtesten schneidet die Gruppe der Betriebe mit einem Staatsanteil von 25 bis 50% (das reicht normalerweise für eine klare Sperrminorität aus), wo der eigentliche Herr schwer zu ermitteln ist.[8] Diese Rangliste gilt auch für die Höhe von Löhnen und Gehältern.

Die weiteren Schritte in der „großen" Privatisierung werden nunmehr unter Bedacht der makroökonomischen Zusammenhänge punktuell durchgeführt, wobei budgetpolitische Lukrativität im Vordergrund steht. Die jetzige politische Führung der RF ist auf alle Fälle gewillt, eine weitere Verschleuderung des Staatseigentums, vor allem der gewinnbringenden modernen Betriebe, zu vermeiden.

In der zweiten Phase des Übergangs haben punktuelle Großprivatisierungen mehrmals beträchtliche Mittel in die Staatskasse gebracht und damit dazu beigetragen, das Budget (darauf wird unten ausführlicher eingegangen) zu sanieren. Wohl das attraktivste neuere Beispiel dieser Art ist der Verkauf von 85% der bis dahin im Bundeseigentum befindlichen Aktien der großen Ölgesellschaft ONAKO (sie förderte 1999 7,5 Mio. t Öl) im Herbst 2000 durch eine öffentlich ausgeschriebene Versteigerung für 1,08 Mrd. USD. Als Gewinner hat sich in einem fairen Wettbewerb, auch mit ausländischer Konkurrenz, eine der größten privatisierten russischen Ölfirmen, die Tjumener Ölgesellschaft, durchgesetzt.[9]

Weitere Schritte in der großen Privatisierung stehen auf der Tagesordnung, worüber in Politik und Wirtschaftswissenschaft kontrovers diskutiert wird. Allerdings ist man sich darüber einig, daß die große Privatisierung so oder so fortzuführen ist und ein großer Sockel von Staatsbetrieben nur im Militär-Industrie-Komplex (MIK) bleiben sollte. Die Regierungsverordnung Nr. 802 vom 12. Juli 1996, in der 480 MIK-Betriebe aufgelistet sind, deren Privatisierung bis auf weiteres verboten ist, bleibt in Kraft und wird politisch nicht ernsthaft in Frage gestellt. Dagegen sind die restlichen von insgesamt 1.700 russischen MIK-Betrieben wenigstens teilweise privatisiert. Auf nichtstaatliche Betriebe entfielen 2000 wertmäßig ca. 50% der Rüstungsaufträ-

ge.[10] Für die MIK-Betriebe kommt es heute in erster Linie nicht auf Privatisierungen an, sondern auf eine effizientere Gestaltung der Konversion bzw. auf eine rentable Abwicklung von alles andere als reichlichen Rüstungsaufträgen aus dem Inland und deutlich größeren aus dem Ausland.

Als potentielle Objekte der weiteren für den Staat ergiebigen Privatisierungen dürften in erster Linie mehrere BEK-Betriebe sowie die der verarbeitenden Industrie, vor allem im Maschinenbau, angesehen werden. Dagegen ist die Privatisierung von „natürlichen Monopolen", so bundeseigenen Eisenbahnen und des Elektrizitätsriesen „Russische AG Einheitliche Energiesysteme" („RAO EES") sehr problematisch und umstritten. Aus diesem Grunde wurde der Regierung der RF durch den Art. 100 des föderalen Budgetgesetzes für 2001 vorübergehend untersagt, die größten Betriebe des Landes zu privatisieren. Der Versuch der Regierung, bei der Novellierung dieses Gesetzes durch die Duma am 22. Feber 2001 diesen Artikel außer Kraft zu setzen und zwanzig Großbetriebe zur Privatisierung anzubieten, mußte scheitern.[11]

Für eine effiziente Fortsetzung der großen Privatisierung bedarf es ganz besonders einer soliden rechtlichen Grundlage, um die Wiederkehr der Ungereimtheiten und Mißstände, die für die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in der ersten Phase des Übergangs bezeichnend waren, auszuschließen. Deshalb wird derzeit an einem neuen Privatisierungsgesetz und dem dieses Gesetz konkretisierenden staatlichen Privatisierungsprogramm gearbeitet. Die beiden dürften im Laufe des Jahres 2001 von der Legislative verabschiedet werden.

In der weiteren Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse sind für Rußland derzeit einige andere Probleme als die Fortsetzung der Privatisierung relevant. Aus mehreren objektiven Gründen muß während der ganzen Transformationszeit das Gewicht der staatlichen und staatlich kontrollierten Betriebe in der Volkswirtschaft der RF größer als in hochentwickelten westlichen Marktwirtschaften bleiben. Viel aktueller als die weitere Privatisierung der bestehenden Betriebe ist für Rußland die *Errichtung neuer privater Unternehmungen*, nicht zuletzt mit ausländischer Beteiligung.

In diesem Zusammenhang ist ganz besonders die *Neugründung* von *kleinen Firmen* in verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft hervorzuheben. Das Segment von Kleinbetrieben,[12] das per 1. Oktober 2000 lediglich 875.500 Einheiten zählte (obendrein war das noch weniger als 889.500 per 1. Oktober 1999), ist für ein so großes Land viel zu klein (z.B. hat Polen mehr als 2 Mio. Kleinbetriebe). Auf 1.000 Einwohner entfallen lediglich 5,9 Kleinbetriebe. Der Anteil der Produktion dieser Firmen am BIP beträgt nur ca. 12%, an der Zahl der Erwerbstätigen 18,8%.[13] In allen entwickelten Industrieländern (und gerade in Österreich, wo ein starker und gesunder Mittelstand eine besonders gewichtige Rolle in der Volkswirtschaft spielt) sind diese Kennziffern bedeutend höher.

Dabei ist, wie aus der nachfolgenden Tabelle 2 hervorgeht, nur etwa ein Drittel dieser Firmen in der Produktion von Sachgütern verankert.

Die miserable Situation des kleinen Unternehmertums in Rußland ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Im Gegensatz zu vielen Ländern wer-

Tabelle 2: Verteilung der russischen Kleinbetriebe nach Branchen (in % aller Kleinbetriebe)

Industrie	15,3
Bauwirtschaft	14,4
Landwirtschaft	1,6
Transport	2,2
Einzelhandel und Gaststätten	46,4
Großhandel	1,6
Allgemeine kommerzielle Tätigkeit zur Sicherung der Funktionstüchtigkeit des Marktes	4,1
Gesundheitswesen, Sport, Sozialversicherung	2,1
Wissenschaft und Forschung	3,5
Sonstige	8,8

Quelle: Ekonomika i shisn 4 (2001) 2.

den in der RF die Neugründung und die Tätigkeit der Kleinbetriebe in keiner Weise finanziell oder anderweitig gefördert. Das „Bundesgesetz über die staatliche Förderung des kleinen Unternehmertums in der Russischen Föderation", das noch aus dem Jahre 1995 stammt,[14] sieht zwar als Förderungsmittel u.a. Sonderabschreibungen sowie Steuernachlässe und Kreditvergünstigungen vor, doch wurden diese Maßnahmen aufgrund der prekären Budgetlage, die sich erst seit 2000 entspannt, nie angewendet. Im Gegenteil, die Kleinfirmen sind mit föderalen, regionalen und insbesondere lokalen Steuern und Abgaben überlastet. Die gültige Ordnung für die Anmeldung dieser Wirtschaftssubjekte ist zu kompliziert und bürokratisch, was zahlreichen korrupten Beamten Tür und Tor öffnet, Schmiergelder einzustreichen. Das kleine Unternehmertum bekommt vom Staat wenig polizeilichen Schutz und ist deshalb weitgehend wehrlos der organisierten Kriminalität, die insbesondere an Schutzgeldern „verdient", ausgesetzt. Deshalb will die Duma noch im laufenden Jahr 2001 eine ganze Reihe von Gesetzen verabschieden (einige liegen bereits als Entwürfe vor), um diesen Mißständen einen Riegel vorzuschieben. Finanzpolitisch wirksame Normen des Gesetzes von 1995 könnten frühestens im nächsten Jahr einigermaßen zum Tragen kommen.

Als eine der wichtigsten strategischen Prioritäten werden von der politischen Führung der RF die Gründung und Expansion der konzernartigen *Finanz- und Industriegruppen (FIG)* angesehen, die in Zukunft mit ausländischen Multis vergleichbar werden könnten. Derzeit zählt man in der RF 80 FIG, wovon 18% zwischenstaatliche (mit Beteiligung der Firmen aus verschiedenen GUS-Ländern) Gebilde sind. Zu diesen FIG gehören mehr als 1.300 juristische Personen, davon etwa 180 Kredit- und Finanzeinrichtungen. Die Hauptgebiete der Tätigkeit der FIG sind: Metallurgie, Chemie und Petrochemie, Automobilindustrie, Gerätebau, Leichtindustrie und Agrar-

Industrie-Komplex.[15] Der Staat ist tatsächlich bestrebt, die FIG zu fördern. Doch verfügt er dazu so gut wie nur über organisatorisch-rechtliche Instrumente. Ein finanzielles Instrumentarium dafür ist bisher nicht gegeben. Außerdem braucht man für eine wirksame Förderung der FIG eine durchdachte, konsistente und effiziente Strukturpolitik. Diese wurde von der politischen Führung des Landes spätestens seit Mitte der neunziger Jahre zwar immer wieder angekündigt, existiert aber nach wie vor nicht.

Ungelöst oder ungenügend geregelt sind bisher mehrere *ordnungspolitische Fragen der Eigentumsverhältnisse.* Dazu gehören vor allem die bestehende Insolvenz- und Konkursordnung, Rechte und Pflichten der Eigentümer von Aktien, das Verhältnis der Aktienbesitzer zu leitenden Gremien der Aktiengesellschaften u.a.m. An den diesbezüglichen Gesetzen wird im Parlament ebenfalls intensiv gearbeitet.

Ein besonders brisantes Problem bleibt *das Eigentum an Grund und Boden* samt vielen dazu gehörenden Fragen (Kauf, Verkauf, Verpfändung und Erbschaft von Grund und Boden, Bewertung von Grundstücken u.a.m.). Die vorhergehende, linksdirigierte Duma hat die Verabschiedung eines marktwirtschaftskonformen Rahmengesetzes über Grund und Boden verhindert sowie das Inkrafttreten des Art. 17 des von ihr angenommenen Zivilrechtlichen Rahmengesetzes (dieser Artikel regelt die Eigentumsrechte an Grund und Boden) blockiert. Sie hat auch den Kauf und Verkauf von agrarischen Nutzflächen (abgesehen von kleinen Grundstücken an Ferienhäusern) nicht zugelassen.[16]

Die Folgen sind in vieler Hinsicht, mild ausgedrückt, negativ. Der russische Markt für Grund und Boden, dessen potentielles Volumen nach diversen Expertenschätzungen bis zu 5 Bio. USD betragen soll,[17] ist immer noch nicht existent. Das ist einer der wichtigsten Gründe für das Hinterherhinken der Landwirtschaft im Reformprozeß und deren äußerst niedrige Produktivität sowie für eine sehr niedrige Kapitalisierung der führenden Unternehmungen im sekundären Effektenmarkt der RF (und in ihm sind nur die Aktien der besten Firmen im Umlauf). Da für ihren Boden am Standort eine verläßliche, rechtlich relevante Bemessungsgrundlage fehlt, wird dieser Faktor in die Kapitalisierung praktisch nicht einbezogen. Folglich beträgt die gesamte Kapitalisierung nur 50 Mrd. USD, wogegen z.B. im kleinen Nachbarstaat Finnland dieser Wert fünfmal größer ist.[18] Selbstverständlich schreckt das auch potentielle ausländische Direktinvestoren ab.

Es ist anzunehmen, daß die jetzige Duma mit ihrer Mitte-Rechts-Mehrheit (ihre vierjährige Legislaturperiode hat Anfang 2000 nach den Wahlen im Dezember 1999 begonnen) diese Probleme zügig anpacken wird: Eine mehr oder weniger befriedigende und tragfähige Lösung dafür ist wirklich unaufschiebbar und notwendig. So hat die Duma Ende Jänner 2001, allerdings mit einer Mehrheit von nur 3 Stimmen (sie zählt insgesamt 450 Abgeordnete), in erster Lesung ein Sondergesetz verabschiedet, das den obengenannten Art. 17 des Zivilrechtlichen Rahmengesetzes in Kraft setzt. Voraussichtlich wird sich die marktwirtschaftskonforme Eigentumsordnung an Grund und Boden Schritt für Schritt in einem harten politischen Kampf

durchsetzen. Das Fehlen einer solchen Ordnung bleibt jedoch einer der größten Hemmschuhe für die weitere marktwirtschaftliche Entwicklung.

3. Die Evolution der ökonomischen Rolle des Staates in der Transformation

Nach dem Privateigentum an ökonomischen Ressourcen ist der Staat mit seinem dichten Geflecht von wirtschaftlich-sozialen Regulierungsinstrumenten bzw. Aktivitäten zweifellos die zweitwichtigste Institution einer normalen Marktwirtschaft. Bereits in der ersten Phase der ökonomischen Transformation Rußlands hat sich das der Marktwirtschaft inhärente ordnungs- und ablaufspolitische Instrumentarium der Wirtschaftspolitik formiert.[19] Die staatliche Wirtschaftspolitik kommt bekanntlich vor allem in der Finanzpolitik sowie in der Geld- und Kreditpolitik zum Ausdruck. Auf diesen Gebieten wurden im Laufe der zweiten Phase neue Evolutionstendenzen deutlich.

In diesem Zusammenhang ist in erster Linie eine *finanzpolitische Konsolidierung*, also der Übergang *zu einer soliden Budgetpolitik* sowohl auf der Einnahmen- als auch Ausgabenseite des Budgets hervorzuheben. In der ersten Phase war diese Politik alles andere als solide: Die jährlichen Budgets waren immer wieder hochdefizitär, wobei das Defizit Mitte der neunziger Jahre an die Marke von 10% des BIP herangekommen war und erst am Ende dieser Phase auf 4% des BIP reduziert wurde.

Für das Jahr 2000 wurde zum erstenmal nach dem Zerfall der UdSSR ein ausgeglichenes Budget verabschiedet und auch erfüllt. Im Budgetgesetz für 2001 wurde ein primärer Einnahmenüberschuß anvisiert. Mit anderen Worten, es wurden höhere Einnahmen als Gesamtausgaben abzüglich Ausgaben für den inländischen und ausländischen Schuldendienst angepeilt. Wie aus der nachfolgenden Tabelle 3 hervorgeht, wird diese Zielsetzung bislang auch realisiert.

Es fällt auf, daß im 1. Vj. 2001 das Einnahmen-Soll um 12% überboten werden konnte. Das ist im wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen. Einerseits brachte die für russische Exporteure günstige Preisdynamik am Weltmarkt für Energieträger dem Staatshaushalt über Ausfuhrzölle für diese Produkte höhere Einnahmen (in Rußland sorgen Zölle und Abgaben auf Importe und Exporte für ca. 1/3 der Budgeteinnahmen). Andererseits spielte dabei die neue Etappe der Steuerreform, die mit der Inkraftsetzung des zweiten Teils des föderalen Rahmengesetzes über Steuern („Steuerkodex") per 1. Jänner 2001 eingeleitet worden war, eine positive Rolle, die als ein nachhaltig wirkender, struktureller Faktor eingestuft werden dürfte.

Der erste Teil des obengenannten Rahmengesetzes, der per 1. Jänner 1999 in Kraft trat, regelt allgemeine Fragen der Steuergesetzgebung: Pflichten und Rechte der Steuerzahler und der Fiskusbehörden, Erhebungsordnung von Steuern u. dgl. Im zweiten Teil werden die wichtigsten Steuerarten und Steuern und die Regeln ihrer Aufteilung auf föderale, regionale und lokale Ebenen festgelegt. Da es sich hier um ein Rahmengesetz handelt,

Tabelle 3: Die Erfüllung des Bundeshaushalts der RF im 1. Quartal 2001 (vorläufige Angaben), in Mio. RR

	Soll	Ist	Ist: Soll in %
Einnahmen	284710,8	318828,1	112,0
Ausgaben insgesamt	330573,5	326119,4	98,7
Ausgaben für Schuldendienst	91890,1	88341,6	96,1
A. für Außenschuldendienst	15295,4	13361,5	87,4
A. für Binnenschuldendienst	76594,7	74980,1	97,9
Ausgaben außer Schuldendienst	238683,4	237777,8	99,6
Defizit (-),Überschuß (+)	-45862,7	-7291,3	
Primärüberschuß	46027,4	81050,3	
BIP		1803300,0	
Defizit in % des BIP		0,4	
Primärüberschuß in % des BIP		4,5	

Quelle: Rossijskaja gazeta (6. April 2001).

bedarf es einer Ergänzung und Konkretisierung durch zahlreiche Sondergesetze direkter Wirkung, die die einzelnen Steuern und Abgaben betreffen.

Wohl die radikalste Umwälzung wurde bei der *Einkommensteuer* vollzogen. Bis einschließlich 2000 waren die Sätze der Einkommensteuer gestaffelt und richteten sich, wie in allen Westländern, nach der Höhe des Jahreseinkommens. Sie betrugen im Jahr 2000 12%, 20% und 30% (Grenzsatzstufentarif), auf die noch 1% als Sozialabgabe aufgeschlagen wurde. Ab 1. Jänner 2001 gilt für alle natürlichen Personen ein einheitlicher Satz von 13%, was weltweit möglicherweise einmalig ist.

Ganz bestimmt entspricht die Einführung des einheitlichen Steuersatzes von 13% nicht den Kriterien der sozialen Gerechtigkeit, wobei sich diese Aussage jedoch uneingeschränkt nur auf Länder mit einem insgesamt gesunden und funktionstüchtigen Steuersystem wie auch Österreich – und nicht auf Rußland – beziehen kann. Seit dem Beginn der Transformation war für die russische Haushaltsgebarung die gewaltige Steuerhinterziehung eindeutig das größte Problem. Während die Lohnempfänger, deren ziemlich niedrige Einkommen mit 12% belegt wurden, kaum über die Möglichkeiten für Steuerhinterziehung verfügen, haben die Reichen und Superreichen viele Optionen. Sie konnten das Gros ihrer tatsächlichen Einkommen dem Fiskus vorenthalten und obendrein noch diverse Steuervergünstigungen und Lücken in der Steuergesetzgebung ausnützen. Folglich zahlten 2000 nach Angaben der RF-Regierung nur 2% der Erwerbstätigen den Spitzensteuersatz von 30%, 5 bis 10% zahlten 20% und die übrigen 12%.[20] Der überwiegende Teil der tatsächlichen Einkommen der neuen Reichen wurde schattenwirtschaftlich verwendet bzw. ins Ausland transferiert. Die Steuerlast entfiel damit zu 9/10 auf einkommensschwache Schichten.

Diese Steuerzahler werden durch die Einführung des einheitlichen Steuersatzes von 13% kaum zusätzlich belastet. Dazu kamen sie in den Genuß einiger allgemeiner Steuervergünstigungen (so können sie von der jährlichen Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer ihre in einschlägigen Belegen ausgewiesenen Ausgaben für Bildung und medizinische Zwecke bis zu jeweils höchstens 25.000 RR pro Jahr abziehen). Man erwartet, daß sich durch die Steuerreform die Anreize für Steuerhinterziehung bei hohen Einkommen drastisch verringern und das gesamte Volumen der Steuereinnahmen deutlich zunehmen wird.

Gleichzeitig wurden flankierende Maßnahmen unternommen, um die Bemessungsgrundlage zu verbreitern: Es wurden zahlreiche ad-hoc-Steuervergünstigungen gestrichen und einige neue Steuern eingeführt, die vor allem die „Hochverdiener" treffen, von ihnen jedoch nicht hinterzogen werden können. So wurde ab 1. Jänner 2001 eine 35prozentige Quellensteuer auf Habenzinsen bei Bankguthaben eingeführt, allerdings nur für solche Fälle, bei denen die Zinsen auf Einlagen in RR den Refinanzierungssatz der ZBR bzw. auf Deviseneinlagen den Jahressatz von 10% übertreffen.

Die Rechnung der Steuerreformer, die Steuereinnahmen durch diese und andere Maßnahmen zu steigern, scheint aufgegangen zu sein. So waren die gesamten Steuereinnahmen im März 2001 um 60% höher als im März 2000 und um 14,5% größer als im Vormonat.[21] Es wurde auch das bisherige Budgetsoll klar überboten. Für das ganze Jahr 2001 werden Mehreinnahmen von mehr als 100 Mrd. RR erwartet.[22] Laut der Novelle Nr. 34-FS zum föderalen Budgetgesetz 2001 vom 24. März 2001 hat die Exekutive die Mehreinnahmen von 41,2 Mrd. RR für den Schuldendienst an ausländische Gläubiger zu verwenden. Alle darüber hinausgehenden Mehreinnahmen sind zur Hälfte auch für diesen Zweck und die restliche Hälfte für andere Ausgaben vorgesehen. Dabei enthält die Novelle einen Aufteilungsschlüssel (in Prozentsätzen) für diese zweite Hälfte.[23]

Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung und Verabschiedung des Budgetgesetzes 2002 ist im Laufe des Jahres 2001 eine weitgehende Vervollkommnung des Steuersystems der RF vorgesehen. Vor allem wird eine radikale Entlastung der Unternehmungen angestrebt, um Investitionen und Wirtschaftswachstum zu fördern. Dadurch soll auch das Steueraufkommen vergrößert werden. Dabei geht es um die Abschaffung der Umsatzsteuer ab 1. Jänner 2002 und Entlastungen bei Mehrwert-, Gewinn- und einigen anderen Steuern, die die Ertragslage der Unternehmungen gewichtig beeinflussen.[24]

Besonders sensibel ist die Reform der Gewinnsteuer, die derzeit ca. 30% des gesamten Steueraufkommens in die Staatskasse bringt. Hier wird eine Verringerung und Annäherung der Steuersätze (derzeit sind sie wohl übermäßig gestaffelt) und insbesondere eine betriebs- und volkswirtschaftlich bessere Regelung der Bemessungsgrundlage (laufende Betriebskosten, Abschreibungen usw.) angestrebt. Dadurch könnten die Unternehmungen gegenüber der geltenden Steuerordnung im nächsten Jahr um schätzungsweise 70 bis 100 Mrd. RR entlastet werden.[25]

Was die *Ausgabenseite* des Budgets betrifft, so wird hier eine Verstärkung der sozial-, investitions-, struktur- und wachstumspolitischen Komponente angestrebt. Die zwar reichlicher als früher verfügbaren, doch immer noch ziemlich knappen Budgetmittel sollen auf festgelegte Prioritäten konzentriert werden. Jedenfalls wird angestrebt, Verschleuderung von Staatsausgaben und Unterfinanzierung im Vergleich zum gesetzlich festgelegten Budget-Soll zu vermeiden. Das kommt z.B. in der Umgestaltung von föderalen Ziel- und Entwicklungsprogrammen zum Ausdruck. Im Rahmen dieser Programme werden aus dem Bundeshaushalt Entwicklungen auf einigen Zielgebieten gefördert.

Anfang 2000 waren pro forma 172 Programme dieser Art gültig. Sie wurden drastisch unterfinanziert oder gar nicht mit Finanzmitteln ausgestattet. Vor 2000 wurden für sie nur 2-6% der Budgetausgaben auf föderaler Ebene zur Verfügung gestellt. Im Jahre 2000 sind 90 Programme ausgelaufen, doch auch die restlichen 82 waren zu viel. Deshalb sind im Budgetsoll nur 51 Programme verankert, die nach dem Budgetgesetz unbedingt zu finanzieren sind. Diese beziehen sich auf sechs im Budgetgesetz 2001 festgelegte Prioritäten auf den Gebieten Sozial-, Wirtschafts-, Familien-, Bevölkerungs-, Bildungs-, Kultur-, Wissenschafts-, Umweltschutz-, regionaler und sektoraler Strukturpolitik.

Im *monetären Bereich* haben in der ersten Phase der Transformation sehr turbulente und ihrem Wesen nach revolutionäre Veränderungen stattgefunden. Es hat sich ein der Marktwirtschaft wesenseigenes zweischichtiges System von Kreditinstituten herausgebildet, bestehend aus der zentralen staatlichen Notenbank (ZBR) und zahlreichen Geschäftsbanken (weitgehend privat, teilweise mit staatlicher Beteiligung). Die starke Expansion mehrerer Geschäftsbanken in der kurzen Zeitspanne seit ihrer Gründung war in vieler Hinsicht bewundernswert. Auf der *Rating*-Liste der bekannten Fachzeitschrift „The Banker" gehörten 1996 acht russische Geschäftsbanken zu den 1.000 weltweit größten Banken dieser Art. Sie belegten zwar Plätze zwischen 221 und 963, doch war das angesichts ihres kurzen Werdegangs beachtenswert. Insgesamt schien, jedenfalls bei oberflächlicher Betrachtung, am Vorabend der Finanzkrise von 1998 die Situation des russischen Bankwesens recht zufriedenstellend zu sein.[26]

Bei einer näheren Betrachtung konnte man am Ende der Phase der Transformation in der Tätigkeit vieler Geschäftsbanken, so auch aus der Gruppe der Großbanken, mehrere besorgniserregende Züge feststellen: eine alles andere als reichliche Ausstattung mit Eigenkapital, eine an Abenteurertum grenzende Unterschätzung von Geschäftsrisiken, eine Vernachlässigung solider Kreditgeschäfte mit Unternehmungen des Realsektors zugunsten kurzfristiger spekulativer Käufe und Verkäufe von staatlichen Wertpapieren, vor allem KSW, und Devisen. Solche spekulativen Transaktionen konnten den Geschäftsbanken zwar rasche und teilweise sehr hohe Profite bringen, jedoch keine sichere Zukunft gewährleisten.

Die am 17. August 1998 ausgebrochene Finanzkrise führte bei vielen von damals ca. 2.700 Akteuren im monetären Bereich sofort zum Zustand der

Insolvenz und dann zum Bankrott bzw. zur Auflösung. Folglich zählte man per 1. Jänner 2001 laut Angaben der ZBR auf dem Territorium der RF 2.126 angemeldete Kreditinstitute einschließlich der hundertprozentigen Niederlassungen von ausländischen Geschäftsbanken, darunter die Filialen der „Bank Austria" und der „Raiffeisenbank".[27] Die beiden „Österreicherinnen" gehören zu den zwanzig größten Geschäftsbanken in Rußland und belegen unter ihnen Plätze im zweiten Dutzend.[28]

Im Laufe der ersten Etappe der Umstrukturierung des Bankwesens (September 1998 bis Ende 1999) konnte mit diversen Sofortmaßnahmen des Krisenmanagements seitens der ZBR und zuständiger Behörden der Zusammenbruch des ganzen Bankensystems vermieden und der gesunde, lebensfähige Kern dieses Systems gerettet werden (dazu zählt man knapp 200 „strukturbestimmende" Banken). Das Strategiepapier der ZBR „Konzeptionelle Fragen der Entwicklung des Bankensystems der Russischen Föderation", das der Duma Anfang 2001 als Entscheidungshilfe vorgelegt wurde, enthält eine korrekte Bestandsaufnahme der bisherigen Umstrukturierung: „Das Ergebnis der ergriffenen Maßnahmen war die Aufrechterhaltung eines marktwirtschaftlich orientierten, wenn auch ungenügend entwickelten Bankensektors sowie die Gewährleistung der Entwicklung einiger Komponenten der gesetzlichen und normativen Regulierung der Banktätigkeit, was einer gewissen Annäherung dieser Tätigkeit an die den internationalen Anforderungen entsprechenden Parameter förderlich war."[29]

Aus der nachfolgenden Tabelle 4 geht hervor, daß die finanzielle Situation der russischen Geschäftsbanken sich seit Mitte 1998 teilweise verbessert hat. Laut ZBR-Strategiepapier betrug der Anteil von finanziell stabilen Banken an der Zahl und Aktiva der funktionierenden Kreditinstitute ca. 88%. Doch die Ergebnisse der bisherigen Umstrukturierung dürfen nicht überschätzt werde. So betrugen Anfang 2001 die Aktiva dieser Institute inflationsbereinigt ca. 90% des Niveaus von Mitte 1998, Kredite an den Realsektor 96%, das gesamte Kapital etwa 80% und die Spareinlagen der Bevölkerung 68%, obwohl all diese Kennziffern nach dem Einbruch von September 1998 bis Frühjahr 1999 wieder im Anstieg begriffen sind.

Die besonders schwerwiegenden und relevanten Probleme des monetären Bereichs in Rußland liegen auf der Hand. Mehrere Basisdaten, die diese Probleme markieren, lassen das russische Bankensystem als unterentwickelt bezeichnen. So beträgt das Verhältnis Gesamtaktiva/BIP nur knapp 35% (zum Vergleich: Polen 43%, Großbritannien 62%). Nach dem Monetisierungsgrad der Wirtschaft (Verhältnis Geldmenge M2/BIP) gehört Rußland mit knapp 16% weltweit zu den Schlußlichtern. Auch die Relationen Gesamtkapital des Bankensystems/BIP mit knapp 4% sowie Kredite des Bankensystems/BIP mit 13% sind im internationalen Vergleich niedrig.

Aus dem vorhergehend Skizzierten geht hervor, daß in der staatlichen Geld- und Kreditpolitik ab Herbst 1998 die *ordnungspolitische Komponente* die vorrangige Rolle spielt und auch im nächsten Jahrfünft oder gar Jahrzehnt spielen wird. Legislative und Exekutive wollen die angeschnittenen und andere brisante Probleme mit einer effizienteren Gestaltung von Auf-

Tabelle 4: Makroökonomische Eckdaten der Tätigkeit der Kreditinstitute in Rußland

Kennziffer	Per 1.7.1998	Per 1.7.2000
Gesamtaktiva (-passiva) des Bankwesens in Mrd. RR	766,1	1928,2
in % des BIP	30,4	34,3
in % der Geldmenge	207,8	216,1
Kapital des Bankensystems in Mrd. RR	116,4	206,6
in % des BIP	4,6	3,7
in % der Aktiva	15,2	10,7
Kredite an den Realsektor der Wirtschaft inkl. ungetilgte Kreditverschuldung in Mrd. RR	215,6	572,1
in % des BIP	8,5	10,2
in % der Aktiva	28,1	29,7
in % der Geldmenge	58,5	64,1
Von Banken erworbene Wertpapiere in Mrd. RR	243,2	386,2
in % des BIP	9,6	6,9
in % der Aktiva	31,7	20,0
Depositen und Einlagen der natürlichen Personen in Mrd. RR	193,4	375,3
in % des BIP	7,7	6,7
in % der Passiva	25,2	19,5
in % des Geldeinkommens der Bevölkerung	11,9	11,9
in % der Geldmenge	52,5	42,1
Depositen von juristischen Personen in Mrd. RR	27,9	156,9
in % des BIP	1,1	2,8
in % der Passiva	3,6	8,1
Finanzielles Betriebsergebnis der Banken in Mrd. RR	8,1	10,7
in % der Aktiva	1,1	0,7
in % des Kapitals	7,7	7,1

Quelle: Wjestnik banka Rossiji 12 (8. Feber 2001) 25.

sicht und Kontrolle über die Geschäftsbanken, vor allem jedoch mit neuen Rechtsnormen meistern. So ist die Ausarbeitung des Gesetzes zur Sicherung der Spareinlagen der Bevölkerung hervorzuheben, die voll im Gange ist. Dieses Gesetz ist für eine deutliche Vergrößerung des Kreditpotentials des Bankwesens unentbehrlich. Nach dem weitgehenden Verlust ihrer Ersparnisse in privaten Geschäftsbanken nach dem 17. August 1998 haben höchstens 2% der Bevölkerung Vertrauen zu diesen Kreditinstituten. Ein relativ hohes Vertrauen genießt wohl nur die (durch einen Kapitalanteil von mehr als 50%) staatlich kontrollierte „Sberbank", die größte russische Geschäftsbank.[30] Deshalb spart die Bevölkerung derzeit in erster Linie durch Hortung von Devisen (vorwiegend USD oder viel seltener DM) oder Sachwerten (Goldschmuck u.a.m.).

Was die Geschäftbanken mit kontrollbringenden Staatsanteilen betrifft, so sind die ZBR, diverse Behörden auf föderaler und regionaler Ebene sowie staatliche Unternehmungen derzeit an 23 Kreditinstituten beteiligt. Der Anteil dieser Kreditinstitute am gesamten Eigenkapital des Bankensystems betrug per 1. Oktober 2000 28,4% und an den Aktiva 37,3%. Eine Privatisierung dieser Banken steht derzeit nicht auf der Tagesordnung und wird es in absehbarer Zeit wohl auch nicht tun, auch wenn das dem Internationalen Währungsfonds (IWF) mit seinen paläoliberalen Wertvorstellungen nicht gefällt. So ein Schritt würde höchstwahrscheinlich das letzte Vertrauen der Bevölkerung und auch zahlreicher Unternehmer zum russischen Bankensystem auf Null tendieren lassen, freilich mit verheerenden Folgewirkungen für die Volkswirtschaft. Erst nach einer gründlichen ordnungspolitischen Umgestaltung dieses Systems kann ein derartiger Schritt gewagt werden.

Was die *ablaufspolitische Komponente* anbelangt, so werden die *Mindestreservepolitik und die Refinanzierungspolitik* in der zweiten Phase der Transformation im wesentlichen so wie in der ersten Phase durchgeführt. Dagegen gibt es in der *Offenmarktpolitik* bedeutende Veränderungen, die durch den Zusammenbruch des Marktes für KSW und SVS nach dem 17. August 1998 verursacht worden sind.[31] Der Staat konnte die Situation auf diesem Markt mittlerweile bereinigen. Ab 1. März 1999 hat er mit der Umwandlung bzw. Tilgung der in KSW und SVS verbrieften Staatsschuld begonnen. In der Regel können die Besitzer (egal ob Deviseninländer oder -ausländer) 10% des Nominales ihrer Wertpapiere in Geld zurückerstattet bekommen, 20% als sofort dividendenbringende Investitionseffekten und die restlichen 70% als erst langfristig verwertbare und tilgungsfähige Effekten. Für einige sozial schwache Gruppen (z.B. Pensionisten) wurde eine vergünstigte Relation von 20% - 30% - 50% festgelegt.[32]

Damit hat der russische Staat in Sachen KSW und SVS sein Bestes getan und den Besitzern dieser Wertpapiere tatsächlich das geringere Übel geboten. Das sehen teilweise auch ausländische Besitzer dieser Effekten ein, so auch die „Deutsche Bank". Folglich konnte der Staat nach dem Abschluß der ersten Etappe der Umstrukturierung des Bankwesens in geringfügigern Umfang (umgerechnet für weniger als 200 Mio. USD) probeweise neue KSW und SVS emittieren, was sich als erfolgreich erwies. Des-

halb genehmigte die Regierung der RF Anfang 2001 dem Finanzministerium für das laufende Jahr einen Plafond für die Emission dieser Wertpapiere von 96,1 Mrd. RR (umgerechnet ca. 3,3 Mrd. USD).[33] Allerdings ist die Verzinsung von KSW und SVS im Gegensatz zur ersten Phase der Transformation moderat und mit Gewinnraten im Realsektor vergleichbar. Um eine Abwanderung des Kreditpotentials aus dem Realsektor zum Effektenmarkt zu vermeiden, ist die Regierung der RF gewillt, die Emission von staatlichen Wertpapieren und deren Verzinsung weiterhin in Grenzen zu halten.

4. Der soziale Wandel im Zuge der marktwirtschaftlichen Transformation

Die ersten Phase der Transformation war durch einen raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit, einen drastischen Rückgang des Lebensstandards und der Lebensqualität, eine weitgehende „soziale Demontage" und Verstärkung der sozialen Unterschiede sowie negative demographische Tendenzen gekennzeichnet.[34] Nur im Jahre 1997 war vorübergehend eine leichte Erholung in einigen Segmenten des sozialen Bereichs zu verzeichnen. Das war jedoch nicht auf eine allgemeine Verbesserung der ökonomischen Situation und ein kräftiges Wirtschaftswachstum in der RF, sondern auf eine günstige Preisdynamik am Weltmarkt für Energieträger und Buntmetalle bzw. andere wichtige Exportgüter Rußlands, auf die aktive Stützung des RR-Kurses durch die ZBR mittels neuer Anleihen im Ausland sowie großteils auf staatliche Neuverschuldung zurückzuführen.

Dagegen kam es durch die Finanzkrise von 1998 am Beginn der zweiten Phase der Transformation erneut zu einem Debakel im sozialen Bereich. Erst 2000 haben die wirtschafts- und sozialpolitischen Bemühungen des Staates auf dem Hintergrund einer günstigen außenwirtschaftlichen Lage der RF Früchte gezeitigt (siehe Tabelle 1). Im Jahre 2001 setzen sich dort alles in allem positive Tendenzen fort.

Unter diesen Tendenzen ist vor allem eine ins Gewicht fallende Verbesserung der *Beschäftigungslage* hervorzuheben. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen (nach ILO-Kriterien) in der RF ging 2000 gegenüber dem Vorjahr um 17,9% (von 9,1 auf 7,5 Mio. Betroffene) zurück. Damit hat sich deren Anteil, bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, von 10,5% auf 8,7% bzw., bezogen auf die jahresdurchschnittliche Zahl der legal Beschäftigten, von 14,2% auf 11,7% verringert. Die Zahl der offiziell angemeldeten Arbeitslosen ging von knapp 1,3 Mio. auf gut 1 Mio. zurück. Die Zahl der offenen Stellen übertraf die der offiziell angemeldeten Arbeitslosen bereits im Herbst 2000 um das 1,5fache.

An und für sich sind die Kennziffern der Arbeitslosigkeit 2000 nach ILO-Kriterien im internationalen Vergleich hoch, sie befinden sich auf einer Stufe mit dem EU-Durchschnitt. Doch ist dabei folgendes zu berücksichtigen. Die Daten nach ILO-Kriterien werden weltweit durch Stichproben gewonnen und sind damit Schätzwerte, allerdings ziemlich verläßliche unter An-

wendung moderner Erhebungsmethoden. Doch sie weisen nicht aus, wieviele nicht angemeldete und damit kein Arbeitslosengeld beziehende Arbeitslose illegal bzw. schattenwirtschaftlich beschäftigt sind. Da nach diversen Expertenschätzungen die Schattenwirtschaft 20 bis 40% des offiziellen BIP produziert (m.E. ist eher der letzte Wert wirklichkeitsnahe), ist anzunehmen, daß ein großer Teil der nicht angemeldeten Arbeitslosen de facto erwerbstätig ist und auch diejenigen von ihnen, die stempeln gehen, über ihre Arbeitslosenbezüge hinaus noch etwas illegal dazuverdienen.

Das Problem der Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung ist dennoch für Millionen Bürger der RF (insbesondere für diejenigen, die noch in der Sowjetzeit erwerbstätig waren, als es dieses Problem gar nicht gab) schwerwiegend, ja deprimierend, doch nur für wenige von ihnen unlösbar.

Noch gravierender sind einige andere soziale Probleme, ganz besonders die des *Lebensstandards* und der *Lebensqualität* sowie der *Einkommensverteilung.* Die Situation auf diesen Gebieten bedarf einer sehr differenzierten und nuancierten Beurteilung. Für die Masse der Bevölkerung bzw. der Erwerbstätigen in der RF ist diese Lage sehr schwierig, wenn auch nicht in dem Maße, wie das in amtlichen Statistiken zum Ausdruck kommt.

Der Tiefstand des Lebensstandards in der Reformzeit wurde am Beginn der zweiten Phase der Transition, nämlich Ende 1998 – Anfang 1999, „erreicht". Auf dem Hintergrund einer günstigen volkswirtschaftlichen Leistung (vgl. Tabelle 1) war 2000 eine deutliche Erholung zu verzeichnen. Die Reallöhne kamen 2000 auf 122,5% des Niveaus des Vorjahres, allerdings immer noch auf nur 95,6% von 1998 und 82,7% von 1997; die einschlägigen Kennziffern für verfügbare Realeinkommen lauteten 2000 109,1%, 96,3% bzw. 78,3%. Die Pensionen stiegen 2000 gegenüber 1999 real um 28%.[35] Auf diesen Gründen konnte die Zahl der unter dem offiziellen Existenzminimum lebenden Bürger 2000 um 10 Mio. auf 31 Mio. verringert werden. Bei einer weiterhin günstigen makroökonomischen Dynamik dürfte diese Zahl bis Ende 2002 auf 17 bis 18 Mio. sinken.[36]

Trotzdem ist der Lebensstandard in der RF, dem potentiell wohl reichsten Land der Welt, alles andere als hoch und die Armut absolut und relativ deprimierend groß. Aus der nachfolgenden Tabelle 5 geht hervor, welche sozialen Segmente besonders arg unter Armut leiden.

Abgesehen von reichen und superreichen „neuen Russen" reicht das Realeinkommen des Großteils der Bevölkerung bestenfalls für das Notwendigste aus. Das kommt deutlich darin zum Ausdruck, daß durchschnittlich mehr als die Hälfte der konsumtiven Ausgaben der russischen Bürger für den Ankauf von Nahrungsmitteln verwendet werden. Dagegen beträgt diese Marke z.B. in den USA lediglich ca. 12%. In den Westländern gelten im allgemeinen diejenigen Familien als arm, die für diesen Zweck mehr als 30% ihrer konsumtiven Ausgaben verwenden Die durchschnittlichen monatlichen Löhne und Gehälter betragen in der RF offiziell ca. 90 USD, unter der Berücksichtigung der Kaufkraftparität etwa das 5fache davon.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß der reale Lebensstandard in Rußland durchschnittlich doch spürbar besser als das statistisch ausgewiesene Le-

Tabelle 5: Der Anteil der privaten Haushalte mit einem Pro-Kopf-Einkommen unter dem Existenzminimum (Stand von Anfang 2000)

	In % aller Haushalte der jeweiligen Kategorie	In % aller einkommensschwachen Haushalte
Alle privaten Haushalte	42,3	100,0
Städtische Haushalte	40,9	69,7
Ehegatten mit 1 bis 2 Kindern	56,4	50,3
Ehegatten mit 3 und mehr Kindern	78,3	4,5
Haushalte von Pensionisten ohne Nebenerwerb	26,7	15,1

Quelle: Ekonomika i shisn 6 (2001) 2.

bensniveau ist. Nach Schätzungen des Staatskomitees für Statistik der RF betragen die „grauen" Löhne und Gehälter insgesamt 11% des offiziellen BIP. Nach diversen mehr oder weniger zuverlässigen Schätzungen machen die amtlich erfaßten, folglich steuer- und sozialabgabenwirksamen Einkommen der Bürger der RF nur ca. 1/3 deren tatsächlichen Wertes aus.[37] Allerdings haben die unter der Armutsgrenze oder knapp darüber lebenden Bürger nur wenige oder gar keine Möglichkeiten, „graue" Einkommen zu erzielen. Diese kommen vor allem „neuen Russen" aus unternehmerischen Schichten und denjenigen, die großteils von Nebenverdiensten leben, sowie vielen Freischaffenden zugute. Dagegen müssen Millionen von Bürgern und Familien trachten, ihren Lebensstandard durch eigene Produktion von Nahrungsmitteln in privaten Nebenwirtschaften deutlich zu verbessern. Der Wert der für den Eigenkonsum erzeugten Nahrungsmittel wird auf 11% des Endverbrauchs im landesweiten Durchschnitt, auf dem Lande sogar auf mehr als 30% geschätzt.[38]

Bereits am Beginn der ersten Phase der Transformation haben sich die Einkommen sehr stark polarisiert. Diese sozialen Ungleichgewichte konnten in der zweiten Phase kaum korrigiert werden. Zwar stieg der Anteil der Bevölkerung mit einem Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 2.000 RR monatlich von 25,4% 1999 auf 40,3% 2000, und gleichzeitig verringerte sich der Anteil derjenigen, denen weniger als 400 RR zur Vefügung stehen, von 3,4% auf 1,4%. Doch insgesamt bleiben die Einkommensdifferenzen übermäßig. Das ist aus der nachfolgenden Tabelle 6 ersichtlich.

Wenn man 10% der Reichsten mit 10% der Ärmsten vergleicht, so ist die Differenzierung noch größer. Im Jahre 2000 entfielen auf die ersteren 32,3% (1999 33,3%) der gesamten Geldeinnahmen der Bevölkerung, auf die letzteren jeweils nur 2,4%. Das Gefälle zwischen den beiden liegt bei 14,2:1, wogegen es in den Westländern in der Regel um 10:1 pendelt. Dieses Mißverhältnis zwischen „Palästen" und „Hütten" kränkt und beleidigt insbeson-

Tabelle 6. Die Differenzierung der Bevölkerung der RF nach der Einkommenshöhe (in % der gesamten Geldeinkommen)

Quintile	2000	1999
I (mit kleinsten Einkommen)	6,1	6,1
II	10,6	10,5
III	14,9	14,8
IV	21,2	20,8
V (mit höchsten Einkommen)	47,2	47,8

Quelle: Ekonomika i shisn 6 (2001) 32.

dere jene Bürger, die an die ziemlich ausgeglichene Einkommensskala der Sowjetzeit gewöhnt waren. Aber auch viele jüngere Bürger empfinden genauso.

Dieses Mißverhältnis ruft nicht nur große soziale Spannungen hervor. Es ist auch im Hinblick auf das Wachstum und die Stabilität der gesamten Volkswirtschaft in mehrfacher Weise schädlich. Die Nachfrage der Reichen richtet sich vorwiegend oder fast ausschließlich nach Waren ausländischer Herkunft (abgesehen von Dienstleistungen der Bauwirtschaft). Das Wachstum ihrer Einkommen ist mit der Vergrößerung der Kapazität des Binnenmarktes nur lose verbunden. Ihre Nachfrage stützt demzufolge kaum das Wachstum des Binnenmarktes und der inländischen Produktion. Die langjährige Wirtschaftskrise ist großteils darauf zurückzuführen, daß die Einkommen der großen Mehrheit der Bevölkerung kaum stiegen oder sogar fielen. Erst ab 2000 sieht man „das Licht am Ende des Tunnels".

Neben einer Verminderung des Lebensstandards war die Transformationszeit durch eine deutliche Verschlechterung der Lebensqualität gegenüber der Sowjetzeit gekennzeichnet. Das trifft vor allem auf solche für die Lebensqualität ausschlaggebenden Gebiete wie Gesundheitswesen, Schutz und Förderung von Jugend und Familie, Bildung, Kultur, Freizeitgestaltung, Pensionswesen, ja auf den ganzen Bereich der sozialen Sicherheit zu. Von einer Verbesserung der Lebensqualität im Zuge der Transformation läßt sich nur in bezug auf politische und humanitäre Freiheiten sprechen.

Der zunehmende Mangel an Sozialleistungen und sozialer Geborgenheit ließ sehr schwerwiegende, negative demographische Tendenzen zutage treten, die aus der nachfolgenden Tabelle 7 ersichtlich sind.

Die vorhergehend dargestellten negativen Trends im sozialen Bereich lassen vielen Ehepaaren eine Vermehrung ihrer Familie wohl berechtigterweise als zu riskant erscheinen. Diese Trends und einige andere Faktoren haben einen drastischen Rückgang der Zahl der von einer Frau während ihres Lebens geborenen Kinder von durchschnittlich 2,11 1985/86 bzw. 1,89 1990 auf 1,17 (!) 1999 hervorgerufen. Im Zusammenwirken mit der erheblich gestiegenen Sterblichkeitsrate und der Verringerung der Lebenserwartung, welche insbesondere durch eine gravierende Verschlechterung der

Tabelle 7: Demographische Eckdaten der RF seit 1990

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Bevölkerungszahl (in 1000)	147662	148164	148326	148295	147997	147938	147609	147137	146740	146328	145559
Unter dem arbeitsfähigen Alter	36098	35993	35720	35199	34534	33948	33203	32300	31367	30335	29053
Im arbeitsfähigen Alter	83942	83976	83892	83748	83767	84059	84209	84337	84786	85548	86330
Über dem arbeitsfähigen Alter	27622	28195	28714	29348	29696	29931	30197	30500	30587	30445	30176
Lebenserwartung: ges. Bevölkerung	69,2	69,0	67,9	65,1	64,0	64,6	65,9	66,6	67,0	65,9	–
Lebenserw.: Männer	63,8	63,5	62,0	58,9	57,6	58,3	59,8	60,8	61,3	59,9	–
Lebenserw.: Frauen	74,3	74,3	73,8	71,9	71,2	71,7	72,5	72,9	72,9	72,4	–
Neugeborene (auf 1.000 Einw.)	13,4	12,1	10,7	9,4	9,6	9,3	8,9	8,6	8,8	8,3	–
Gestorbene (auf 1.000 Einw.)	11,2	11,4	12,2	14,5	15,7	15,0	14,2	13,8	13,6	14,7	–
Kinder unter 1 Jahr (auf 1.000 Neugeborene)	17,4	17,8	18,0	19,5	18,6	18,1	17,4	17,2	16,5	16,9	–
Natürliche Veränd. der Bevölkerung (je 1.000 Einw.)	2,2	0,7	–1,5	–5,1	–6,1	–5,7	–5,3	–5,2	–4,8	–6,4	–
Zuwachs durch Immigration (je 1.000 Einw.)	1,1	0,3	1,2	2,9	5,5	3,4	2,3	2,4	1,9	1,1	–

Quelle: Das Staatskomitee für Statistik Rußlands, Das russische statistische Jahrbuch 2000 (Moskau 2000) 53.

medizinischen Versorgung verursacht wurde, führte dies zu einem absoluten Rückgang der Bevölkerungszahl in der RF. Dieser konnte auch durch die bedeutende Zuwanderung und Einbürgerung von ehemaligen Bewohnern der anderen Sowjetrepubliken nicht verhindert werden (siehe Tabelle 7). Unter Fortschreibung der genannten Tendenzen wird für die RF im Jahre 2016 eine Bevölkerungszahl von 125,7 Mio. prognostiziert.[39]

Auf diesem Hintergrund werden auch Probleme der Altersfürsorge immer schärfer. Das bisherige, ohnehin recht dürftige, ja miserable Pensionssystem der RF wird tendenziell immer schwerer finanzierbar und könnte ohne eine gründliche Reform noch im laufenden Jahrzehnt zusammenbrechen. Das hängt mit dem Rückgang des Anteils der Erwerbstätigen an der gesamten Bevölkerung von 50,8% 1990 auf knapp 44% 1999 zurück. Folglich mußte im Jahre 2000 ein Beschäftigter 0,6 Pensionisten (0,56 1996) versorgen, wobei dieser Koeffizient bis 2010 an die Marke von 1 herankommen könnte.

Für eine deutliche Milderung der obengenannten sozialen Probleme bildet die Gewährleistung eines stabilen und angemessenen Wirtschaftswachstums *die* wesentlichste Voraussetzung. Darum ist die gegenwärtige politische Führung der RF bemüht, und das nicht ohne einen gewissen Erfolg. Obendrein dürften bereits im Jahre 2001 mehrere wichtige Rechtsnormen verabschiedet werden bzw. in Kraft treten, die dazu beitragen sollen, eine deutliche Entschärfung dieser Probleme herbeizuführen. In diesem Zusammenhang sind vor allem das Rahmengesetz über Arbeit („Arbeitskodex"), das das überlebte, aber noch gültige Gesetz von 1971 abzulösen hat, das Gesetz über die Sozialpartnerschaft und ganz besonders die kommende Reform des Pensionssystems hervorzuheben.

Abgesehen davon, daß die heutigen Pensionen für einen einigermaßen gesicherten und menschenwürdigen Lebensabend in der Regel völlig unzureichend sind, ist das derzeitige Pensionssystem inkonsistent, nicht transparent und widerspricht in vieler Hinsicht den Geboten der sozialen Sicherheit. Niemand weiß, wie groß seine Pension in Zukunft ausfallen wird. Sind die Einkommen der russischen Bürger insgesamt stark polarisiert, so herrscht im Pensionswesen eine Gleichmacherei: Die Höhe der Pensionen ist von den früheren Einkommen der Bezieher im erwerbstätigen Alter nur wenig abhängig und wird nach oben beschränkt, was nicht zuletzt negative Auswirkungen auf die Arbeitsmoral der Beschäftigten hat.

Derzeit sind mehrere Modelle der Pensionsreform in öffentlicher Diskussion. Am aussichtsreichsten scheint der Regierungsentwurf zu sein, der der Duma vorliegt. Er sieht ein konsequent leistungsabhängiges Pensionssystem vor. Sollte dieser Entwurf, wenn auch mit einigen umumgänglichen Korrekturen, vom Parlament verabschiedet werden, was anzunehmen ist, so würde das kommende neue Pensionssystem der RF in Aufbau und Funktionsweise den westeuropäischen Modellen, so auch dem österreichischen, grundsätzlich nahestehen. Insgesamt wird sich der weitere soziale Wandel in der RF eher an westeuropäischen und nicht an US-amerikanischen oder sonstigen Vorbildern orientieren.

5. Die außenwirtschaftlichen Aspekte der Transformation

Schon in den ersten zwei bis drei Jahren der Transformationszeit ist die Volkswirtschaft der RF zu einer offenen Wirtschaft geworden. Derzeit ist die Entstehung und Verwendung des russischen BIP zu mindestens 30 bis 35% mit außenwirtschaftlichen Transaktionen verbunden. Der russische Außenhandel wird mit GATT- bzw. WTO-konformen Instrumenten (tarifären und nichttarifären) reguliert. Bei nichttarifären, vor allem mengenmäßigen Importbeschränkungen ist Rußland weltweit eines der liberalsten Länder. Insgesamt mangelt es der russischen Außenwirtschaftsordnung nicht so sehr an Liberalismus wie an Transparenz, Rechtssicherheit und staatlicher Förderung, die eine höhere makroökonomische Effizienz bewirken und auch den ausländischen Partnern zugute kommen könnte.

Auf dem Hintergrund der volkswirtschaftlichen Transformationskrise in der ersten Phase und zu Beginn der zweiten Phase entwickelte sich die Außenwirtschaft zwar nicht sehr dynamisch, aber doch mehr oder weniger zufriedenstellend. Die tiefe Krise in strukturbestimmenden Zweigen der verarbeitenden Industrie (Maschinenbau, Elektrotechnik/Elektronik, Flugzeugindustrie u.a.) fand im Außenhandel Niederschlag und dämpfte die Expansion. In der Außenwirtschaft sind alles in allem die marktwirtschaftlichen Reformen etwas weiter fortgeschritten als in der Binnenwirtschaft.

Zu den wichtigsten positiven Ergebnissen der russischen Außenwirtschaft während der ganzen Reformzeit gehören vor allem die jährlichen *Überschüsse der Außenhandelsbilanz*. Diese haben einen beachtlichen Devisenzustrom in die RF bewirkt und ihr ermöglicht, den fälligen Schuldendienst abzuwickeln.

Die starke RR-Entwertung gegenüber dem USD und anderen Hartwährungen infolge der am 17. August 1998 ausgebrochenen Finanzkrise begünstigte das Wachstum des Aktivsaldos der Handelsbilanz, weil sie die Exportoffensive Rußlands förderte und den Anstieg der Importe drosselte. Im Jahre 2000 betrugen die Ausfuhren der RF 102,8 Mrd. USD (+ 41% gegenüber 1999) und die Einfuhren 33,8 Mrd. USD (+ 11,5%). Damit erreichte der Außenhandelsüberschuß 2000 69 Mrd. USD gegenüber 42,6 Mrd USD im vorangegangenen Jahr.[40]

Neben einem für russische Ausfuhren günstigen RR-Wechselkurs kam der Vergrößerung der Exporte und des Aktivsaldos der Handelsbilanz der RF die Preisdynamik für wichtige russische Exportwaren zugute. So stiegen im Jahre 2000 die Vertragspreise für russische Ausfuhren von Öl gegenüber 1999 um 62%, Ölprodukte um 81% (Flugzeugkraftstoff 98%, Kfz-Benzin 70%, Heizöl 66%), Metalle und Metallerzeugnisse um 22% (Roheisen 21%, Ferrolegierungen 14%, Halbprodukte aus nichtlegiertem Stahl 34%, Walzgut aus Eisen und Stahl 23%, Kupfer 11%, Nickel 11%, Aluminium 12%), für Erzeugnisse aus Holz und Zellulose um 17% (Zellulose 29%, Zeitungspapier 11%).

Bereits zu Beginn der ersten Phase der Transition ist die EU zum Handels- und Wirtschaftspartner Nr. 1 der RF geworden.[41] Im Jahre 2000 betrug

der Anteil der EU am Außenhandelsumsatz der RF 35% (34,9% 1999), der GUS-Staaten 18,5% (18,5%), der APEC-Länder 15,3% (17%), der Reformländer Mittel- und Osteuropas 14,9% (12,8%). Von den einzelnen Staaten war 2000 Deutschland mit einem Handelsumsatz von 13,1 Mrd. USD der wichtigste Handelspartner der RF, ihm folgten Weißrußland mit knapp 9,3 Mrd. USD, Ukraine 8,6, Italien 8,5, USA 7,3, VR China 6,2, Großbritannien 5,3, Polen 5,2, die Niederlande 5,1, Kasachstan 4,4 und Finnland 4,1.

Es ist anzunehmen, daß die EU mittelfristig und auch darüber hinaus Handelspartner Nr. 1 der RF bleiben wird. Insgesamt dürfte sich die regionale Verteilung der russischen Außenhandelsströme bis 2010 nur punktuell verändern. Sollte im APEC-Raum (die RF ist seit November 1998 Vollmitglied der APEC) tatsächlich bis 2010 eine Freihandelszone aufgebaut bzw. eine enge Zusammenarbeit bei der Verwirklichung großdimensionaler Investitionsprojekte verwirklicht werden, so könnte der Anteil der APEC am russischen Außenhandel etwas steigen.

Die *Warenstruktur* des russischen Außenhandels bleibt rückständig und entspricht der Qualität der RF als Industrieland mittleren Entwicklungsniveaus mit einem sehr hohen wissenschaftlich-technischen Potential nicht. Im Jahre 2000 entfielen auf nur zwei große Warengruppen fast ¾ der russischen Ausfuhren, und zwar: Brennstoffe und Energieträger mit knapp der Hälfte (Öl und Ölprodukte 32,3%, Gas 15,7%, Steinkohle 1,1%, Strom 0,1%) sowie Metalle und Metallerzeugnisse 22,2%. Der Anteil von Maschinen und Anlagen betrug nur 8,3% und jener der Fahrzeuge 0,5%. Dagegen waren gerade die letzteren Warengruppen bei den russischen Einfuhren mit insgesamt 28,9% (Maschinen und Anlagen 27,1%, Kfz knapp 1,8%) führend. Damit bleibt für Rußland eine grundlegende Diversifizierung der Warenstruktur der Exporte in Richtung einer Vergrößerung des Gewichts der Fertigerzeugnisse, vor allem der hohen Veredlungsstufen, das seit Jahren brennendste, dennoch nach wie vor ungelöste Außenhandelsproblem.

Die vorhergehend dargestellte Warenstruktur des russischen Außenhandels – wie auch dessen regionale Struktur – wird sich im Laufe des nächsten Jahrzehnts voraussichtlich ebenfalls nur punktuell verändern können. Für einen Durchbruch in einer breiten Palette von Fertigerzeugnissen hat Rußland derzeit keine hinreichende Basis. Doch es können bei vielen Fertigerzeugnissen, auch denen im *High-Tech*-Bereich, Exportnischen gefunden werden.

In der allgemeinen Außenhandelsstatistik der RF, aus der die vorhergehenden Daten stammen, werden die Exporte von Rüstungsgütern nicht inkludiert. Rußland ist hier weltweit kein Spitzenreiter, nimmt aber einen der führenden Plätze ein. Nach den letzten verfügbaren Angaben der offiziellen russischen Regierungszeitung waren im Waffenhandel 1999 folgende Länder als Exporteure führend (in Mrd. USD): USA 26,21 (ca. die Hälfte der Weltexporte von Rüstungsgütern), Großbritannien 9,99, Frankreich 6,63, Rußland 3,50, Israel 1,26, sonstige 5,78.[43] Gerade auf diesem Gebiet hat Rußland angesichts der Verfügbarkeit von qualitativ führenden, jedoch relativ preiswerten Rüstungsgütern (Panzer T 80U und T 90S, Jagdflugzeuge

MIG 29 STM und SU 27, Flakraketen-Komplexe S-300, Diesel-U-Boote u.a.m.) sowie der vorhandenen Auftragseingänge aus dem Ausland beträchtliche Expansionsspielräume. Nach Meinung vieler internationaler Experten könnte Rußland in wenigen Jahren u.U. wie früher die UdSSR den Platz 2 im Weltexport von Rüstungsgütern belegen. Das wäre weltpolitisch bestimmt nicht unproblematisch. Bei objektiver Betrachtung läßt es sich jedoch nicht beweisen, warum dazu ausgerechnet Großbritannien und nicht etwa Rußland oder womöglich ein drittes Land erkoren sein sollten.

Das derzeit wohl relevanteste Problem für die Außenwirtschaftspolitik der RF ist der WTO-Beitritt Rußlands. Darum ist Moskau bereits seit Beginn der Transformation bemüht. Als offizieller Antrag wurde dieser Wunsch im Feber 1994 artikuliert, als die russische Regierung dem GATT ein Memorandum über die Außenhandelsordnung der RF vorgelegt hat. Für die Ausarbeitung der einschlägigen Beitrittsdokumente war eine Arbeitsgruppe WTO-RF gegründet worden, die mit dem Beginn der Tätigkeit der WTO am 1. Jänner 1995 in die Arbeitsgruppe für den WTO-Beitritt Rußlands umbenannt wurde. Offizielle Verhandlungen darüber laufen seit 1998. Derzeit verhandelt die RF mit der EU und 45 weiteren WTO-Mitgliedsländern.

Die RF hat an ihrem WTO-Beitritt ein vitales Interesse, und das nicht nur aus strategischer, sondern auch aus aktueller Sicht. Es ist völlig klar, daß Rußland als eine offene Marktwirtschaft nicht mehr lange außerhalb einer Weltorganisation, der 140 Länder bereits angehören und mit der weitere 50 Länder über ihren Beitritt verhandeln, bleiben kann. Ohne ihre Vollmitgliedschaft in der WTO kann die RF keine mitbestimmende Rolle bei der bevorstehenden weiteren Vervollkommnung der völkerrechtlich gültigen Regeln des Welthandels spielen. Durch den WTO-Beitritt würde sich das für Rußland prekäre Problem der Antidumping-Verfahren, das vor allem mit der EU immer wieder auftaucht,[44] weitgehend entschärfen. Durch solche Verfahren, so der russische Premierminister Kasjanow, habe Rußland in den letzten Jahren einen Schaden von 2,5 Mrd. USD erlitten.[45]

Es ist davon auszugehen, daß Rußland nach dem WTO-Beitritt zunächst mit Anpassungsschwierigkeiten konfrontiert sein wird. Doch insgesamt ist das Land für den Beitritt bereits recht gut gerüstet und könnte binnen zwei bis drei Jahren diese Schwierigkeiten meistern.

Zwei Gründe sprechen für einen raschen Beitritt Rußlands:

Erstens wird auf einer WTO-Konferenz auf Ministerebene Ende 2001 in Katar wahrscheinlich eine neue WTO-Verhandlungsrunde über die weitere Liberalisierung des Welthandels mit Gütern und Dienstleistungen angekündigt werden, die der 1994 abgeschlossenen Uruguay-Runde folgen soll. Es wäre für Rußland alles andere als ratsam, dieser neuen Runde fernzubleiben.

Zweitens drängen die VR China und die Ukraine (wie vorhergehend dargestellt, gehören diese beiden Länder zu den wichtigsten Handelspartnern der RF) darauf, der WTO noch in diesem oder spätestens im nächsten Jahr beizutreten, was durchaus im Bereich des Möglichen liegt. Sollte Rußland nicht ungefähr gleichzeitig mit diesen Ländern Mitglied der WTO werden, so

ergäben sich gewichtige Komplikationen. So würde das ganze bilaterale Vertragsverk auf dem Gebiet des Handels RF – VR China ins Wanken geraten. Ein WTO-Beitritt der Ukraine nicht im Einklang mit dem Rußlands würde nicht nur die Errichtung der GUS-Freihandelszone drastisch erschweren, sondern auch die Idee der GUS-Integration insgesamt in Frage stellen.

Objektiv gesehen wäre Rußland auch heute in der WTO kein „Fremdkörper". So beträgt der gewogene Importzollsatz in der RF schätzungsweise 13 bis 14%, der höchste Zollsatz liegt seit 1. Jänner 2001 bei 25%. Beide Marken sind für die Mehrzahl der WTO-Mitglieder alles andere als „Extremwerte". Sie können nach dem WTO-Beitritt Rußlands im Zuge der weiteren Liberalisierung des Welthandels schrittweise abgebaut werden. Wie vorhergehend erwähnt, ist Rußland bei nichttarifären Handelsschranken bereits seit dem Beginn der marktwirtschaftlichen Transformation überdurchschnittlich liberal.

Auch der russische Außenhandel mit agrarischen Erzeugnissen dürfte den WTO-Mitgliedsländern kein Kopfzerbrechen bereiten, obwohl z.B. die Fleischeinfuhren der RF 2000 um knapp 30% geringer als 1998 waren und weiterhin rückläufig sind. Das ist jedoch keineswegs auf eine Zunahme des agrarischen Protektionismus in Rußland, sondern auf einige exogene Faktoren zurückzuführen. In der ersten Phase der Transformation hatten die importierten Nahrungsmittel die einheimischen Erzeugnisse weitestgehend verdrängt. Die russische Landwirtschaft geriet in eine arge Transformationskrise, genoß kaum staatliche Unterstützung und mußte sich der staatlich unterstützten ausländischen Konkurrenz, vor allem aus der EU und den USA, beugen. Das EU-Fleisch war zeitweise um 25 bis 40% billiger als das russische. Insgesamt gewann das ausländische Fleisch, vor allem das aus der EU, in Rußland Marktanteile, die über 50% weit hinausgingen und in den Großstädten mit einer Einwohnerzahl von mindestens 500.000 70% und mehr erreichten.

Die Folgen dieser Importexpansion waren für die russische Landwirtschaft verheerend. So ging die Produktion von Fleisch von 7,5 Mio. t 1990 auf 4,2 Mio. t 2000 zurück, der Bestand an großem Hornvieh verringerte sich in dieser Zeitspanne von 57 Mio. auf 27,8 Mio. und der an Schweinen von 40 Mio. auf 18 Mio.[46]

Durch die abrupte RR-Abwertung nach dem 17. August 1998 ist die russische Landwirtschaft gegenüber den Importen viel wettbewerbsfähiger geworden. Folglich sind seitdem die Importe von Nahrungsmitteln rückläufig, die einheimische Nahrungsmittelproduktion und der Grad der Eigenversorgung mit diesen Erzeugnissen dagegen im Anstieg begriffen. In dieselbe Richtung wirkten noch mindestens zwei weitere exogene Faktoren, und zwar: Viehseuchen (Rinderwahn und neuerdings die Maul- und Klauenseuche) in Westeuropa und die Abschaffung der Exportsubventionen für Schweinefleisch durch die EU im Sommer 2000.

Die EU und andere ausländische Exporteure von Nahrungsmitteln nach Rußland können ihre Ausfuhren in die RF nur durch eigene Anstrengungen

erhöhen. Weder die Importordnung noch die staatliche Agrarpolitik der RF, die die einheimische Landwirtschaft nach wie vor, auch beim besten Dafürhalten, finanzpolitisch nicht gewichtig fördern kann, stehen dem im Wege.

Die russische Regierung will der Duma bis Ende 2001 ein Paket von Gesetzesentwürfen vorlegen, die danach in kurzer Zeit vom Parlament abgesegnet werden dürften. Diese Gesetze werden die Rechtsordnung des russischen Außenhandels im wesentlichen an die Normen und Spielregeln der WTO anpassen. Die Beitrittsverhandlungen für den WTO-Beitritt der RF kommen insgesamt gut voran. Der norwegische Botschafter bei der WTO und Vorsitzender der Arbeitsgruppe für den WTO-Beitritt Rußlands, Bryn, hat in seinem Vortrag auf einem internationalen Symposium in Moskau am 28. März 2001 die Aussichten dieser Verhandlungen optimistisch eingeschätzt und insbesondere die entsprechenden Vorschläge der RF-Regierung vom Feber gutgeheißen. Die politische Führung der RF geht davon aus, daß diese Verhandlungen bis Ende 2002 erfolgreich abgeschlossen werden können, was m.E. eine realistische Vision ist.

Ein weiteres brisantes Problem ist die *Außenverschuldung* Rußlands. Abgesehen von einigen organisatorisch-technischen Komplikationen, die Anfang 2001 vorübergehend auftraten, erweist sich Rußland als ein zuverlässiger Schuldenzahler. Dabei bestreitet Rußland seinen Schuldendienst seit Juni 1998 ohne IWF-Stützungskredite. Die RF-Regierung hat auf ein Kreditabkommen mit dem IWF für 2001 unter den ihr vom Fonds angebotenen Bedingungen verzichten können.

Eine gute Zahlungsmoral Rußlands ist auf dem Hintergrund der z.Z. günstigen Lage seiner Volkswirtschaft leicht erklärlich. Ein hoher Überschuß der Handelsbilanz bringt große Mengen von harten Devisen. Das hat auch zu einem rapiden Wachstum der Gold- und Devisenreserven der ZBR beigetragen. Sie stiegen von knapp 12,5 Mrd. USD per 1. Jänner 2000 auf mehr als 31 Mrd. USD im April 2001, wogegen sie vor der Finanzkrise 1998 höchstens 25,4 Mrd. USD betragen hatten. (Allerdings betrachtet der Vorsitzende der ZBR, Geraschtschenko, die Marke von mindestens 45 Mrd. USD als stabilitätspolitisch hinreichend.) Der RR-Wechselkurs bleibt 2001 relativ stabil.

Doch bei näherer Betrachtung müssen mehrere Probleme im Zusammenhang mit der Außenverschuldung Rußlands unter die Lupe genommen werden. Die Außenhandelsüberschüsse sind kein Eigentum des russischen Staates, obwohl die russischen Exporteure rechtlich verpflichtet sind, 75% ihrer Erlöse der ZBR auf der Moskauer Interbank-Devisenbörse zum aktuellen Marktkurs gegen RR zu verkaufen. Dagegen sind die durch die RF von der UdSSR „geerbten" Schulden von ca. 100 Mrd. USD gänzlich und die seit 1992 selbsttätig gemachten Neuschulden von gut 50 Mrd. USD größerenteils das „Staatseigentum" der RF.[47] Der Dienst für diese Staatsverschuldung muß aus dem immer noch dürftigen Budget der RF, dessen Einnahmen 2001 nicht sehr viel mehr als umgerechnet 40 Mrd. USD betragen dürften, bestritten werden. Diese Probleme werden 2003 ihren Höhepunkt erreichen, wenn die Spitzenzahlungen von ca. 20 Mrd. USD, vor allem an die Staaten des Pariser Klubs, auf die Tagesordnung rücken werden.

So ein Schuldendienst wäre für Rußland unerträglich und ohne ein Übereinkommen mit dem IWF nicht leistbar. Vor allem kommt es hier aber auf ein Abkommen über die Umstrukturierung der Schulden zwischen der RF und dem Pariser Klub an. Aus russischer Sicht wäre dafür eine Modifikation des Modells wünschenswert, das mit dem Londoner Klub 2000 vertraglich vereinbart wurde. Danach wurden die Schuldverschreibungen der UdSSR von 31,9 Mrd. USD zu 10,4 Mrd. USD erlassen und der Rest in Eurobonds, die erst 2010 bzw. 2030 zu tilgen sind, umgewandelt. Nur ist der Pariser Klub zu einer ähnlichen Lösung bisher nicht bereit. Er wird jedoch in seinem eigenen Interesse nicht umhin können, einer beidseitig akzeptablen Lösung zuzustimmen.

Die russische Wirtschaftswissenschaft und Politik suchen aktiv nach Lösungswegen für dieses Problem. So werden den ausländischen Gläubigern diverse Schemata angeboten, um die russischen Schulden in gewinnbringende ausländische Investitionen in der RF umzuwandeln. Dafür hat bisher leider nur Deutschland, der größte Gläubiger Rußlands, Interesse an den Tag gelegt. Allerdings will die deutsche Regierung so eine Lösung nur auf die Schulden der UdSSR an die DDR anwenden. Aus deutscher Sicht sollen diese ca. 6,4 transferable COMECON-Clearing-Rubel betragen und in USD zu einem Kurs von 1:1 umgerechnet werden, womit Rußland nicht einverstanden sein kann.[48] Wenn man die gegenseitigen Lieferungen und Bezüge der UdSSR und der DDR in der 2. Hälfte der achtziger Jahre zu damaligen Weltmarktpreisen bewertet (so die weltmarktfähigen Exporte von Energieträgern und Rohstoffen der UdSSR und die außerhalb des COMECON nicht absetzbaren Ausfuhren von Fertigerzeugnissen aus der DDR), so ergibt sich eher für die DDR ein klares Defizit. Beide Extrempositionen sind jedoch nicht konsensfähig. Hier dürfte noch in diesem Jahr ein Kompromiß gefunden werden.

Zu den vorrangigen Problemen der russischen Außenwirtschaft gehören ganz besonders auch die *Anziehung der ausländischen Investitionen* und die *Eindämmung der Kapitalflucht* aus der RF ins Ausland. Eine mehr oder weniger solide Analyse dieser Probleme würde jedoch den Rahmen dieses Artikels sprengen. Das ist auch nicht unbedingt notwendig, weil der Autor diesbezüglich auf seine jüngeren Publikationen in Österreich verweisen kann.[49]

6. Ein kurzes Fazit und ein Ausblick

Nach der am 17. August 1998 ausgebrochenen Finanzkrise hat sich die russische Volkswirtschaft weitgehend konsolidiert. In dieser Zeit haben sich die ökonomischen, sozialen und politische Voraussetzungen für eine konsequente Fortsetzung der Reformen in Richtung Marktwirtschaft und weiterer Demokratisierung aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens deutlich verbessert, obwohl noch zahlreiche ungelöste Probleme einer solchen Entwicklung im Wege stehen.

Trotzdem herrscht in der Masse der russischen Bevölkerung alles in allem eine optimistische Stimmung. Nach zahlreichen Meinungsumfragen

wird die Tätigkeit von V. Putin als Präsident der RF von weit mehr als 50% aller Befragten positiv bewertet. Niemand zweifelt daran, daß Rußland ein einheitlicher Staat ist. Die in der Zeit der Präsidentschaft von B. Jelzin latente oder zeitweise sogar offene Gefahr des Zerfalls des russischen Staatsgebildes konnte überwunden werden. Keine bedeutende politische Kraft im Westen, selbstverständlich auch in Österreich, die an Interessen ihres eigenes Volkes denkt, kann das nicht gutheißen.

In den nächsten zwei bis drei Jahren wird die Konsolidierung abgeschlossen sein, und danach dürfte das Land zum Pfad eines mehr oder weniger stabilen angemessenen Wirtschaftswachstum finden. Nach einer Regierungsprognose, die der Autor dieses Artikels als durchaus realistisch bewertet, wird das BIP 2001 gegenüber dem Vorjahr um 4%, 2002 4,8 und 2003 um 5,2% wachsen, die Industrieproduktion um 4,5, 5 und 5,5%. Danach wird das BIP-Wachstum bis 2010 im Jahresdurchschnitt voraussichtlich nicht unter 5% fallen und zeitweise 8 bis 10% erreichen. Die Inflation dürfte 2004 bis 2010 über 10% jährlich nicht hinausgehen und der RR sich um das ca. 1,5fache aufwerten.[50]

Auch für die Landwirtschaft sind die Aussichten nicht schlecht. So wird nach einer Prognose des Verbandes der Fleischproduzenten der RF das Land in fünf Jahren seinen Eigenbedarf bei Fleisch voll decken können und in zehn Jahren exportfähig sein. Unter Berücksichtigung einer Prognose des Ministeriums für Landwirtschaft der USA, wonach das Fleischdefizit 2030 weltweit mindestens 40 Mio. t betragen wird, [51] stehen die Chancen für den Export günstig. Auch bei anderen wichtigen agrarischen Erzeugnissen hat die russische Landwirtschaft ähnliche Perspektiven wie bei Fleisch. Jedenfalls gibt es dazu hinreichende objektive Voraussetzungen, die durch eine effiziente Agrarpolitik genützt werden können.

Die vorhergehend erwähnte Regierungsprognose kann, falls der Staat seine ökonomische und soziale Rolle auf mittlere und lange Sicht effizienter als bisher gestalten sollte, auch überboten werden. Das hängt ganz besonders von zwei Faktoren ab. Erstens von einer wesentlich besseren Nutzung des F & E-Potentials. Trotz einer tiefen Krise der russischen Wissenschaft und Forschung in der ersten Phase der Transformation[52] bleibt die RF in diesem Bereich die Weltmacht Nr. 2 nach den USA und ist derzeit wieder im Zustand einer Belebung, die auf einen Aufschwung hinsteuert. Nach vorhandenen Ergebnissen ist Rußland in mehreren Richtungen der Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Biotechnologie sowie anderer für die Fortführung der wissenschaftlich-technischen Revolution ausschlaggebenden Wissenschaften weltweit mitbestimmend oder gar führend. Allerdings ist die Überführung der F & E-Ergebnisse nach wie vor eine gravierende Schwäche Rußlands. So beträgt der Anteil der RF in der Nutzung der forschungsintensiven Technologien weltweit nur 0,3%, dagegen der der USA 39%, Japans 30% und Deutschlands 16%.[53] Nach einer Aussage von V. Putin gegenüber dem russischen staatlichen Fernsehen im April 2001 hat die „neue Wirtschaft", die unmittelbar von modernsten Hochtechnologien getragen wird, am BIP der RF nur einen Anteil von 0,6%, an dem der West-

länder dagegen 4 bis 6%. Es ist für Rußland *das* existentielle Problem, auf diesem Gebiet das Blatt zu wenden.

Zweitens muß die Konversion der stark geschrumpften russischen Rüstungswirtschaft zügig fortgesetzt und viel effizienter als bisher gestaltet werden.

Zahlreiche Prognosen von internationalen Experten, wonach die RF bis 2050 zu der Gruppe der Länder mit den höchsten Wachstumsraten gehören und seine Position in der Weltwirtschaft deutlich ausbauen wird (derzeit liegt der Anteil Rußlands am weltweiten BIP nur bei ca. 3%), dürfen keineswegs als gesichert angesehen werden. Sie sollten jedoch auch nicht als weltfremd abgestempelt und außer acht gelassen werden.

Anmerkungen

[1] Soweit nicht eigens vermerkt, stammen alle Daten in diesem Artikel aus der amtlichen Statistik der RF.
[2] Pankov, V., Rußlands Übergang zur Marktwirtschaft: Eine Zwischenbilanz des ersten Jahrfünfts, in: Wirtschaft und Gesellschaft 1 (1997) 93ff.
[3] Siehe ausführlicher: Pankov, V., Der Brennstoff- und Energiekomplex Rußlands unter den Bedingungen der marktwirtschaftlichen Transformation, in: Wirtschaft und Gesellschaft 2 (1998) 217ff.
[4] Kommersant (russ.) (24.März 1999).
[5] Die Föderale Versammlung besteht aus zwei Kammern – dem Unterhaus Duma und dem Oberhaus Rat der Föderation.
[6] Putin, W., Es wird weder Revolutionen noch Konterrevolutionen geben. Die Botschaft des Präsidenten der Russischen Föderation an die Föderale Versammlung der Russischen Föderation, in: Rossijskaja gazeta (russ.) (4.April 2001).
[7] Siehe ausführlicher: Fußnote (2) 94ff.
[8] Vgl. Argumenty i fakty (russ.) 16 (2000) 7.
[9] Rossijskaja gazeta (16. September 2000, 10. Oktober 2000, 21. November 2000, 20. Feber 2001).
[10] Vgl. ebenda (30. Juli 1996, 3. April 2001).
[11] Vgl. ebenda (24. Feber 2001).
[12] Laut russischer Gesetzgebung gelten als Kleinbetriebe jene Einheiten, die höchstens die folgende Beschäftigtenzahl aufweisen: in Industrie, Bauwirtschaft und Verkehrswesen 100, Landwirtschaft sowie F & E 60, Großhandel 50, Einzelhandel und bürgernahe Dienstleistungen 30, sonstige 50. Dabei darf am Grund- bzw. Stammkapital dieser Unternehmungen der Anteil der öffentlichen Hand und der jurustischen Personen, die keine Subjekte des kleinen Unternehmertums sind, jeweils 25% nicht übertreffen. Vgl. Ekonomika i shisn (russ.) 4 (2001) 2.
[13] Ekonomika i shisn 4 (2001) 2; 6 (2001) 4.
[14] Vgl. Rossijskaja gazeta (30.Juni 1995)
[15] Vgl. Ekonomika i shisn 6 (2001) 5.
[16] Siehe ausführlicher: Pankov, V., Rußlands Weg zur Marktwirtschaft, Eine Zwischenbilanz der ersten fünf Jahre unter besonderer Berücksichtigung der Bodenverhältnisse und des monetären Bereichs, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 114 (September 1997) 14ff.
[17] Vgl. Expert (russ.) 5 (2001) 45.
[18] Siehe Fußnote (6).
[19] Vgl. Fußnote (2) 99ff.
[20] Vgl. Rossijskaja gazeta (9. Juni 2000).
[21] Vgl. ebenda (5. April 2001).

[22] Anfang April betrug der RR-Mittelkurs 28,8 RR für 1 USD. Dieser Kurs bleibt seit der Jahreswende 2000/2001 in etwa stabil.
[23] Vgl. Rossijskaja gazeta (27. März 2001).
[24] Die Sätze und die Erhebungsordnung der Umsatzsteuer werden durch Rechtsnormen von 89 regionalen Subjekten der RF (Moskau, St.Petersburg, Teilrepubliken und Gebiete) differenziert festgesetzt. In seinem Beschluß vom 30. Jänner 2001 hat das Bundesverfassungsgericht der RF diese Steuer für verfassungswirdrig erkärt, weil sie dem Verfassungsprinzip der steuerlichen Gleichberechtigung widerspreche (außerdem gibt es in dem für diese Steuer derzeit gültigen föderalen Gesetz „Über die Grundlagen des Steuersystems des Russischen Föderation" viele Ungereimtheiten im Detail), und die Legislative dazu verpflichtet, dieses Gesetz in Einklang mit der Verfassung vor Ende 2001 in Ordnung zu bringen oder es spätestens per 1. Jänner 2002 außer Kraft zu setzen.- Vgl. Kommersant (russ.) (31. Jänner 2001). Sollte das eintreffen, so würde man bis dahin für die Subjekte der RF andere Einnahmequellen finden müssen, die den Ausfall der Umsatzsteuer zu kompensieren hätten.
[25] Vgl. Rossijskaja gazeta (24. Jänner 2001).
[26] Siehe ausführlicher: Fußnote (17) 19ff.
[27] Vgl. Wjestnik banka Rossiji (russ.) 5-6 (23. Jänner 2001) 2ff.
[28] Vgl. Segodnja (russ.) (18. September 2000).
[29] Wjestnik banka Rossiji 12 (8. Feber 2001) 5.
[30] "Sberbank" heißt die Bank für Spareinlagen der Bevölkerung, was ihre ursprüngliche, noch in der Sowjetzeit festgesetzte Zweckbestimmung widerspiegelt. Inzwischen ist sie jedoch zu einer leistungsstarken und soliden Universalbank geworden.
[31] Vgl. Fußnote (2) 103f.
[32] Vgl. Njesawissimaja gazeta (russ.) (26. März 1999).
[33] Vgl. Segodnja (27. Jänner 2001).
[34] Vgl. Fußnote (2) 109ff.
[35] Vgl. Ekonomika i shisn 6 (2001) 3; Rossijskaja gazeta (5. April 2001).
[36] Vgl. Rossijskaja gazeta (21. Feber 2001).
[37] Vgl. ebenda (18. November 2000, 5. April 2001).
[38] Vgl. Ekonomika i shisn 6 (2001) 2.
[39] Vgl. ebenda 5 (2001) 32.
[40] Vgl. Bulletin inostrannoj kommertscheskoj informaziji – BIKI 22 (27. Feber 2001) 2.
[41] Siehe ausführlicher: Pankov, V., Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Rußland, in: Wirtschaft und Gesellschaft 3 (2000) 399ff.
[42] Berechnet nach: BIKI 23 (1. März 2001) 2f.
[43] Vgl. Rossijskaja gazeta (21. Feber 2001
[44] Fußnote (41) 415f.
[45] Vgl. Rossijskaja gazeta (6. April 2001).
[46] Vgl. Expert 14 (2001) 22ff.
[47] Vgl. Fußnote (41) 411f.
[48] Sh. Expert 7 (2001) 15ff.
[49] Pankov, V., Ausländische Investitionen in Rußland, in: Wirtschaftspolitische Blätter 5 (1999) 504ff; Pankov, V., Das russische Kapital im Ausland, in: Wirtschaftspolitische Blätter 4 (2000) 480ff.
[50] Vgl. Argumenty i fakty 27 (2000) 4; Ekonomika i shisn 4 (2001) 1.
[51] Vgl. Fußnote (44) 25.
[52] Pankov, V., Wissenschaft und Forschung in Rußland, in: Wirtschaftspolitische Blätter 4 (1998) 415ff.
[53] Vgl. Rossijskaja gazeta (21. November 2000).

Zusammenfassung

Der Artikel bietet einen Überblick über die Entwicklung der Wirtschaft der Russischen Föderation seit 1992. Die erste Phase der Transformation war von einer tiefgreifenden Krise gekennzeichnet, welche ein starkes Absinken der Produktion, Hyperinflation und stark fallende Realeinkommen mit sich brachte. Gleichzeitig wurden rasche, ja überstürzte Umwälzungen in Richtung Marktwirtschaft eingeleitet, welche der Bevölkerung hohe soziale Kosten auferlegten. Bereits Mitte der neunziger Jahre blieben von der Planwirtschaft kaum Scherben. Damit wurden die Reformen irreversibel.
Die durch die Regierungsbeschlüsse vom 17.8.1998 ausgelöste Finanzkrise leitete die zweite Phase der Transformation ein, die gegenwärtig noch andauert – eine Phase der Konsolidierung und der schrittweisen Fortführung marktwirtschaftlicher Reformen. Die starke Rubelabwertung im Gefolge der Finanzkrise eröffnete den russischen Unternehmungen erstmals seit dem Zerfall der Sowjetunion die Gelegenheit, ihre Produktion wesentlich zu steigern. In den Jahren 1999 und 2000 verzeichneten das BIP (3,5 bzw. 7,7%) und die Industrieproduktion (8,1 bzw. 9,0%) beachtliche Wachstumsraten. Die Bruttoanlageinvestitionen nahmen, nach vielen Jahren des Niedergangs, sowohl 1999 als auch 2000 erheblich zu. Der Anstieg der Preise von Rohöl und Erdgas schlug sich in einem sehr hohen Exportüberschuß nieder, so daß ein Leistungsbilanzüberschuß von 19% des BIP resultierte. Die Reallöhne erhöhten sich im Jahre 2000 um über 22%, allerdings nach einem ähnlich deutlichen Rückgang im Jahr zuvor. Die Arbeitslosigkeit, bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, verringerte sich von 10,5 auf 8,7%.
Neben der makroökonomischen Entwicklung befaßt sich der Übersichtsartikel mit der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, der Budget- und der Geldpolitik, dem sozialen Wandel im Zuge der Transformation, wichtigen demographischen Tendenzen und außenwirtschaftlichen Aspekten.